



Martin Kocher

Die bundesgerichtliche Kontrolle von Steuernormen

Grundlagen | Anfechtungsobjekt | Streitgegenstand | Verfahren | Fallstudien

Mehrwertsteuer

Bundessteuer, direkte

Fristen

Kriegssteuer
1915

Kosten

Rechtsetzungskontrolle

Steuerverwaltung

Kantonales
Recht

Behördenklage

Wirkung,
aufschiebende

Behördenbeschwerde

Steuerpflichtige



Stämpfli Verlag

Hauptfrageweise

Vorfrageweise

Bei der bundesgerichtlichen Kontrolle von Steuernormen geht es um die Fragestellung, ob ein neu verabschiedeter oder bereits in Kraft stehender abgaberechtlicher Erlass mit dem übergeordneten Recht vereinbar sei. In Zeiten wachsender Finanzknappheit ist die «Aufwärtsvereinbarkeit» einer öffentlich-rechtlichen Abgabe von Kantonen und Gemeinden – aber auch des Bundes – immer häufiger infrage gestellt. Bei aller klassischen Durchdringung des Stoffs ist das vorliegende Werk vor allem auf die Praxisfreundlichkeit ausgerichtet. Die zahlreichen Visualisierungen und Fallstudien anhand der bundesgerichtlichen Rechtsprechung erleichtern den Zugang.

Inhaltlich kommen Verfassungsrecht, Völkerrecht, Verfahrensrecht und vor allem das Recht der öffentlichen Abgaben (Steuern und Kausalabgaben) zur Sprache.

Martin Kocher

Dr. iur., LLM (Taxation, London School of Economics),
Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte,
Lehrbeauftragter für öffentliches Abgaberecht
an der Universität Basel

Die bundesgerichtliche Kontrolle von Steuernormen

**Grundlagen, Anfechtungsobjekt, Streit-
gegenstand, Verfahren, Fallstudien**



Stämpfli Verlag

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z.B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Bildnachweis: Bumble Dee/Shutterstock.com

Umschlaggestaltung: Claudia Conrad, punktgenau GmbH, D-77815 Bühl/Baden

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2018
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-3491-0

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com ist zudem folgende Ausgabe erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-2777-6

Judocu ISBN 978-3-0354-1536-0



Vorwort

Die Arbeit ist berufsbegleitend entstanden. Sie wurde am 15. November 2017 abgeschlossen und alsdann der Juristischen Fakultät der Universität Basel als Habilitationsschrift unterbreitet. Die Fakultätsversammlung nahm sie am 19. April 2018 an und stellte der Regenz nach bestandenem Probevortrag am 24. Mai 2018 Antrag auf Erteilung der *venia docendi* für öffentliches Abgaberecht, öffentliches Prozessrecht und öffentliches Finanzrecht.

Die vorliegende Fassung ist gegenüber der bei der Fakultät eingereichten Version aktualisiert und geringfügig ergänzt. Herr Professor Dr. iur. Urs R. Behnisch, Rechtsanwalt, Konsulent bei Meyerlustenberger Lachenal AG, Baar/ZG, Honorarprofessor für Steuerrecht an der Universität Bern und noch für kurze Zeit Ordinarius für Steuerrecht an der Universität Basel, hat seine Rolle als Habilitationsvater erfreulich aktiv wahrgenommen, stetes Interesse gezeigt, mich in die Fakultät eingeführt und mir geholfen, zu einem Ende zu finden. Dadurch, dass er seine Korrekturarbeiten ungemein rasch, gewissermassen postwendend, abschloss, mir mit seinen wertvollen Hinweisen aber auch zahlreiche Gedankenanstösse vermittelte, konnte das Verfahren merklich beschleunigt werden. Ihm gebührt meine uneingeschränkte Anerkennung. Dank des gewaltigen Einsatzes der beiden fakultätsexternen Gutachter und der fakultätsinternen Instanzen konnte das Habilitationsverfahren zügig abgeschlossen werden. Bei den beiden externen Experten handelte es sich um Herrn Professor Dr. iur. Hugo Casanova, alt Kantonsrichter, ehemaliger Präsident des Verwaltungsgerichts des Kantons Freiburg, langjähriger Präsident des Steuergerichtshofs dieses Kantons und Titularprofessor für Steuerrecht an der Universität Freiburg i. Ü., sowie Herrn PD Dr. iur. Michael Beusch, Richter am Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen, der zeitweilig auch als Vizepräsident dieses Gerichts wirkte und berufsbegleitend als Privatdozent für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Steuerrecht an der Universität Zürich tätig ist. Mit dem Habilitationsvater und den beiden externen Gutachtern hatte ich das Glück, dass meine Arbeit von Personen begutachtet wurde, die ebenso wie ich zur Hauptsache in der Steuerrechtspraxis stehen und mit mir das Interesse an der wissenschaftlichen Vertiefung teilen. Ihnen und der Fakultät unter der umsichtigen, transparenten und fairen Leitung der Dekanin, Frau Professor Dr. iur. Daniela Thurnherr Keller, spreche ich herzlichen Dank aus, ebenso auch Herrn Professor Dr. iur. Markus Schefer, dem Vorsitzenden des Fachbereichs Öffentliches Recht.

Der Stiftungsrat der Stiftung Archiv für Schweizerisches Abgaberecht begutachtete das Manuskript und zeichnete es am 9. Mai 2018 mit dem Blumenstein-Preis aus. Diese Anerkennung freut und ehrt mich in ganz besonderem Masse. Dafür bin ich sehr dankbar. Der Stiftungsrat der Stiftung ASA setzt sich zusammen aus

den Herren Professor Dr. iur. René Matteotti, Ordinarius für Steuerrecht an der Universität Zürich, Präsident, Herrn lic. iur. Adrian Hug, Rechtsanwalt, Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Herrn Professor Dr. iur. Adriano Marantelli, Ordinarius für Steuerrecht an der Universität Bern, und Herrn Dr. iur. Andreas Zünd, Richter an der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung des Schweiz. Bundesgerichts.

Bei Ausarbeitung der vorliegenden Arbeit konnte der Autor auf verschiedene frühere Publikationen zurückgreifen, die den einen oder anderen Gesichtspunkt bereits beleuchtet haben. Die Schrift ist allem voran aber das Produkt wertvoller Erfahrungen, die zunächst in den je einjährigen Praktika bei der Steuerverwaltung des Kantons Bern, Veranlagungsbehörde Seeland, und der Eigenössischen Steuerverwaltung, Hauptabteilung Mehrwertsteuer, während langer Zeit in der Steuerrechtsberatung, dann aber hauptsächlich in den letzten bald sieben Jahren «an der Quelle» erarbeitet, gesammelt und vertieft werden konnten. Die Arbeit als Präsidial-Gerichtsschreiber Abgaben in der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung schärft täglich das Auge für ungezählte abgabe- und verfahrensrechtliche Fragestellungen, die zumindest für den Autor immer wieder Neuland darstellen.

Es ist vielen Personen am Bundesgericht in Lausanne herzlichst zu danken. Auf die wohl unvermeidliche Gefahr hin, verdiente Geister zu übergehen, muss dennoch eine Auswahl getroffen werden. Allerbesten Dank möchte ich meinem Chef aussprechen, Herrn Präsident Hansjörg Seiler, der mir tagtäglich ein strenger «Lehrmeister», zugleich aber vor allem Vorbild und Ansporn ist. Ein herzliches «Merci» geht ebenso an Frau Bundesrichterin Florence Aubry Girardin und die Herren Bundesrichter Andreas Zünd, Yves Donzallaz, Thomas Stadelmann, dipl. Steuerexperte, dem ich für viele Fachgespräche danke, und Stephan Haag, sie alle Mitglieder der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung, die meinem Vorhaben viel Sympathie entgegenbrachten. Die Verwaltungskommission des Bundesgerichts stand meinem Gesuch um Gewährung eines unbezahlten Urlaubs sehr wohlwollend gegenüber. Dank gebührt allen voran Herrn Bundesgerichtspräsident Ulrich Meyer, der das Vorhaben in mannigfacher Hinsicht förderte, Frau Vizepräsidentin Martha Niquille, dem bereits erwähnten Bundesrichter Donzallaz sowie Herrn Generalsekretär Paul Tschümperlin. Für die Erlaubnis, zwecks Gestaltung der ersten Umschlagsseite auf ein Bild aus dem Fundus des Bundesgerichts zurückzugreifen, bin ich dankbar. Ein schönes Verhältnis entwickelte sich zu den nebenamtlichen Bundesrichtern Peter Locher und Alois Camenzind, die beide im Steuerbereich an der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung wirkten, leider aber nicht mehr im Amt sind. Gleiches trifft auf Herrn alt Bundesrichter Jonny Wiprächtiger zu, dem ich besonders verbunden bin.

Bei aller gedanklichen Schwerarbeit darf auch am Bundesgericht die Kollegialität und Geselligkeit nicht fehlen. Zur traditionellen Pausen- und/oder Mittagsgruppe zählen bzw. gehörten – in alphabetischer Reihenfolge – Christoph Errass, Julia Hänni, Res Feller, Thomas Hugi Yar, Peter Klopfenstein, Nadine Mayhall, Fabian Mösching, Cornel Quinto, Peter Uebersax und Esther Welti. Besonders hervorhe-

ben möchte ich Andrea Karin Weber Polz vom Büro 102. Ihnen allen bin ich für spannende, lustige, mitunter nachdenkliche, politisch aber durchwegs recht kontroverse Augenblicke dankbar. Gleiches gilt namentlich für Susanne Genner, Urs Möckli, Christophe Tissot-Daguette, Christian Winiger, Aimo Zährnder, der nunmehr die Abteilung Steuergericht des Steuer- und Enteignungsgerichts des Kantons Basel-Landschaft präsidiert, Alexander Misić, der wieder am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg tätig ist, und – als Mitstreiterin im bilinguen mittäglichen «Tandem» – Stéphanie Vuadens. Mit Emmanuelle Jolidon und Marco Savoldelli erarbeite ich jeden Monat die Entscheidungsübersicht für die Zeitschrift ASA unter dem Titel «Aktuell aus dem Bundesgericht». Raffaella Ieronimo Perroud ist meine Ansprechpartnerin für alles Italienischsprachige. Gerold Steinmann, langjähriger Gerichtsschreiber an der I. öffentlich-rechtlichen Abteilung, stand mir rund um die Stimmrechtsbeschwerde zur Verfügung, was ich sehr schätzte. Erwähnung verdient selbstredend auch mein seinerzeitiger Doktorvater, Herr Professor Dr. iur. Dr. h. c. Heinz Hausheer, den ich das Glück zu treffen hatte und der mir bis heute nahesteht.

Die Stämpfli Verlag AG förderte das Vorhaben von Anbeginn weg. Herr Fürsprecher Stephan Grieb setzte sich langjährig dafür ein, räumte beharrlich alle Hindernisse aus dem Weg und ermöglichte die Drucklegung. Herr Marcel Gerber half mir mehrfach über anspruchsvolle Klippen im MS-Word hinweg. Was das MS-Excel betrifft, halfen mir Markus Bertini und Roman Kalberer weiter. Vielen herzlichen Dank.

Ein inniges Dankeschön steht schliesslich meinen Eltern zu, Lilly Kocher-Sigrist und Hermann Kocher sel., der mein täglicher Begleiter war und ist. Einschliessen möchte ich natürlich auch meine Geschwister Hermann Kocher jun., Ursula Schmidlin-Kocher und Daniel Kocher. Wenn jemand vor allen Anderen Erwähnung verdient, dann selbstverständlich meine liebe Frau und treue Weggefährtin Brigitte Schwab Kocher, die mich trotz der ungünstigen gesundheitlichen Umstände beständig ermunterte, inspirierte, immer wieder auftretende Zweifel beharrlich ausräumte und mich einfach in jeder Form liebevoll unterstützte. Ihr ist auch das vorliegende Werk – unsere «Helena» – gewidmet.

Ich möchte das Geleitwort nicht ohne einen letzten Hinweis beenden, der mir wichtig ist: Bei der vorliegenden Monographie handelt es sich um eine Darstellung, die alleine die Sichtweise und Präferenzen des Autors spiegelt. Dem Bundesgericht war das Manuskript weder zur Genehmigung vorzulegen noch ist es von diesem in irgendeiner Weise autorisiert worden. Der Transparenz halber sind alle Urteile, an denen der Autor als Verfasser des Referats und/oder als Redaktor des Urteilsentwurfs mitgewirkt hat, mit einem Asterisk («*») gekennzeichnet.

Studen BE, 25. Mai 2018

Martin Kocher

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungen und weitere Fundstellen.....	XXXV
Materialien.....	LXIX
Literaturverzeichnis.....	LXXVII
Einleitung.....	1
1. Teil: Grundlagen der abgaberechtlichen Rechtsetzungskontrolle.....	5
<i>1. Abschnitt: Das Bundesgericht als Abgabegericht.....</i>	<i>7</i>
1. Kapitel: Formen der bundesgerichtlichen Kontrolle.....	7
2. Kapitel: Insbesondere zu Art. 189 Abs. 1–3 BV	27
3. Kapitel: Zu den Schranken der Verfassungsgerichtsbarkeit	39
<i>2. Abschnitt: Reine Rechtsanwendungskontrolle</i>	<i>101</i>
1. Kapitel: Übersicht.....	101
2. Kapitel: Rechtskontrolle im engeren Sinn	111
<i>3. Abschnitt: Reine Rechtsetzungskontrolle</i>	<i>151</i>
1. Kapitel: Einführung	151
2. Kapitel: Elemente und Technik der Rechtsetzungskontrolle.....	173
<i>4. Abschnitt: Gemischte Rechtsanwendungskontrolle.....</i>	<i>195</i>
1. Kapitel: Einführung	195
2. Kapitel: Zu den Bundesgesetzen und Bundesrechtsverordnungen	205
3. Kapitel: Kantonales und/oder kommunales Recht.....	213
<i>5. Abschnitt: Auswirkungen der Praxis.....</i>	<i>215</i>
1. Kapitel: Rechtsfolgen gutheissender Urteile	215
2. Kapitel: Reaktion des Gesetz- oder Rechtsverordnungsgebers	235
2. Teil: Abgrenzung der abgaberechtlichen Rechtsetzungskontrolle	245
1. Kapitel: Übersicht.....	247
2. Kapitel: Zur Doppelbesteuerungsbeschwerde nach Art. 100 Abs. 5 BGG.....	249
3. Kapitel: Zur Behördenbeschwerde nach Art. 89 Abs. 2 lit. a BGG	259
4. Kapitel: Zur Behördenklage nach Art. 120 BGG	309

5. Kapitel:	Zur Gemeindeautonomiebeschwerde nach Art. 89 Abs. 2 lit. c BGG	347
6. Kapitel:	Zur Stimmrechtsbeschwerde nach Art. 82 lit. c BGG	359
7. Kapitel:	Zur subsidiären Verfassungsbeschwerde nach Art. 113 ff. BGG	383
8. Kapitel:	Zur Massnahmebeschwerde nach Art. 98 BGG	395
9. Kapitel:	Zur sog. «präventiven Rechtsetzungskontrolle»	401
3. Teil: Anfechtungsobjekt der abgaberechtlichen Rechtsetzungs-		
kontrolle		411
1. Abschnitt:	Übersicht	413
2. Abschnitt:	Die «Abgabeverfassung»	423
1. Kapitel:	Zur ansatzweisen Ausgestaltung	423
2. Kapitel:	Ansätze einer Abgabeverfassung – Allgemeiner Teil	445
3. Kapitel:	Ansätze einer Abgabeverfassung – Besonderer Teil	499
3. Abschnitt:	Die «Abgabenorm»	533
1. Kapitel:	Die «Abgabenorm» im Allgemeinen: Einordnung	533
2. Kapitel:	Die «Abgabenorm» im Besonderen: Grundstruktur	597
4. Abschnitt:	Die «Abgabeverfügung»	639
4. Teil: Streitgegenstand der abgaberechtlichen Rechtsetzungskontrolle		651
5. Teil: Aspekte des Verfahrens der abgaberechtlichen		
Rechtsetzungskontrolle		675
1. Abschnitt:	Instruktionsstadium	677
1. Kapitel:	Sachurteilvoraussetzungen	677
2. Kapitel:	Instruktion	711
2. Abschnitt:	Entscheidfindungsstadium	723
3. Abschnitt:	Urteilsstadium	729
1. Kapitel:	Verdikt	729
2. Kapitel:	Kosten und Entschädigung	733
Stichwortverzeichnis		737

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungen und weitere Fundstellen	XXXV
Materialien	LXIX
Literaturverzeichnis	LXXVII

Einleitung	1
-------------------------	----------

1. Teil: Grundlagen der abgaberechtlichen Rechtsetzungskontrolle	5
---	----------

<i>1. Abschnitt: Das Bundesgericht als Abgabegericht</i>	<i>7</i>
--	----------

1. Kapitel: Formen der bundesgerichtlichen Kontrolle.....	7
---	---

I. Verfassungs- versus Verwaltungsgerichtsbarkeit	7
---	---

II. Normenhierarchie, Normen- und Kompetenzkonflikte	12
--	----

A. Einordnung.....	12
--------------------	----

B. Normenhierarchie.....	13
--------------------------	----

1. Auf der innersystemischen Ebene	13
--	----

a. Kantonale Ebene.....	13
-------------------------	----

b. Bundesebene	17
----------------------	----

2. Auf der intersystemischen Ebene	19
--	----

3. Fallkonstellationen für die «bottom-up»-Prüfung	21
--	----

C. Normenkonflikte und Kompetenzkonflikte.....	23
--	----

1. Übersicht	23
--------------------	----

2. Reiner Normenkonflikt: abgaberechtliches Beispiel ...	24
--	----

3. Reiner Kompetenzkonflikt: abgaberechtliches Beispiel.....	25
---	----

4. Kombiniertes Normen- und Kompetenzkonflikt	26
---	----

2. Kapitel: Insbesondere zu Art. 189 Abs. 1–3 BV	27
--	----

I. Aufbau von Art. 189 BV im Allgemeinen.....	27
---	----

II. Ausgangspunkt: Verfassungsrechtlicher Positivkatalog (Art. 189 Abs. 1 und 2 BV).....	28
---	----

A. Verletzung von Bundesrecht (Abs. 1 lit. a).....	28
--	----

1. Eingrenzung	28
----------------------	----

a. Formelles und materielles Kriterium	28
--	----

b. Formelles Kriterium: Eidgenössisches Recht	29
---	----

aa. Kreis des Bundesrechts.....	29
---------------------------------	----

bb. Exkurs: Kantonales und kommunales Recht	29
---	----

c. Materielles Kriterium: Rechtssatz	30
--	----

aa. Umschreibung.....	30
bb. Rechtsakte bzw. Verwaltungsakte	32
B. Die weiteren Rechtsverletzungen.....	33
1. Verletzung von Völkerrecht (Abs. 1 lit. b).....	33
2. Verletzung von interkantonalem Recht (Abs. 1 lit. c). ..	33
3. Verletzung von kantonalen verfassungsmässigen Rechten (Abs. 1 lit. d)	34
4. Verletzung der Gemeindeautonomie usw. (Abs. 1 lit. e)	35
5. Verletzung von Bestimmungen über die politischen Rechte (Abs. 1 lit. f)	35
C. Art. 189 Abs. 2 BGG	36
III. Verfassungsrechtliche Ermächtigungsnorm (Art. 189 Abs. 3 BV)	36
IV. Verfassungsrechtlicher Negativkatalog (Art. 189 Abs. 4 BV)..	37
3. Kapitel: Zu den Schranken der Verfassungsgerichtsbarkeit	39
I. Vorbemerkungen	39
II. Insbesondere zu Art. 189 Abs. 4 BV	42
A. Einordnung.....	42
1. Bedeutung des Negativkatalogs	42
2. Zu den «Akten» von Bundesversammlung und Bundesrat.....	44
a. Allgemeines.....	44
b. Bundesgesetze	45
c. Bundesrechtsverordnungen.....	46
B. Konsequenzen unter abgaberechtlichen Gesichtspunkten..	46
1. Eidgenössisches Abgaberecht	46
2. Kantonales und kommunales Abgaberecht	46
III. Art. 190 BV und das Landesrecht.....	47
A. Einordnung anhand eines Beispiels.....	47
1. Rechtsgrundlagen	47
2. Einordnung.....	48
3. Auslegung « <i>bottom-up</i> »?	50
4. Fazit.....	51
B. Eidgenössisches Recht	52
1. Bedeutung	52
2. Bundesgesetze	53
3. Bundesrechtsverordnungen	55
a. Übersicht.....	55
b. Ausschluss einer Angemessenheitskontrolle	56
c. Erscheinungsformen	57

d. Selbständige Rechtsverordnungen mit gesetzesvollziehender Funktion.....	59
e. Unselbständige Rechtsverordnungen mit gesetzesergänzender Funktion.....	60
f. Selbständige Rechtsverordnungen mit gesetzesersetzender Funktion	61
g. Beschwerdemöglichkeit.....	64
h. Klagemöglichkeit.....	64
4. Konsequenzen unter abgaberechtlichen Gesichtspunkten	64
a. Eidgenössisches Abgaberecht.....	64
b. Kantonaes und kommunales Abgaberecht.....	65
C. Exkurs: Zu den Kantonsverfassungen.....	65
1. Bundesgerichtliche Kognition.....	65
a. Prüfung von konstitutionellem kantonaem Recht	65
b. Prüfung von unterkonstitutionellem kantonaem Recht.....	66
2. Bedeutung der Gewährleistung	67
3. Immunisierende Wirkung der Gewährleistung.....	69
IV. Art. 190 BV und das Völkerrecht	72
A. Problemstellung	72
B. Einleitende Bemerkungen	74
1. Übersicht	74
2. Verbindlichkeit für die Schweiz.....	75
a. Positivbeispiele.....	75
b. Negativbeispiele	76
3. Verbindlichkeit auch für die Steuerpflichtigen	79
C. Ausgangspunkt der bundesgerichtlichen Praxis zu Art. 190 BV.....	80
D. Heutiger Stand.....	81
1. Regel	81
2. Ausnahme.....	83
3. Erste Gegen Ausnahme: EMRK.....	83
4. Zweite Gegen Ausnahme: FZA.....	85
E. Bedeutung der EMRK für das Abgaberecht.....	87
1. Einfluss und Auswirkungen der Rechtsprechung des EGMR	87
a. Steuerstrafrecht.....	87
b. Informationsamtshilferecht.....	94
2. Auswirkungen der «Zweiteilung der Grundrechte»	95
V. Abschliessendes Zwischenfazit	99

2. Abschnitt: Reine Rechtsanwendungskontrolle	101
1. Kapitel: Übersicht.....	101
I. Dichte der Prüfung.....	101
II. Bedeutung der Rechtsweggarantie.....	103
A. Grundsätzliches	103
1. Tragweite im Allgemeinen.....	103
2. Tragweite in der reinen Rechtsetzungskontrolle	105
B. Zum «oberen Gericht»	107
1. Zum «Gericht»	107
2. Zum «oberen» Gericht.....	108
2. Kapitel: Rechtskontrolle im engeren Sinn	111
I. Allgemeines	111
A. Übersicht zum Entscheidfindungsprozess.....	111
B. Anfechtungsobjekt und Streitgegenstand	113
C. Zur bundesgerichtlichen Prüfung	113
1. Inhalt und Umfang	113
a. Inhalt.....	113
b. Umfang (Kognition im eigentlichen Sinn)	115
2. Anstoss	117
D. Rügen.....	118
II. Entwicklung der abgaberechtlichen Rechtskontrolle durch das Bundesgericht	120
A. Ineinandergreifen von materiellem und formellem Recht..	120
B. Entwicklungsstränge im Abgabebereich (Kurzdarstellung)	121
1. Entwicklung von 1874 bis 1995	121
2. Entwicklung von 1995 bis 2007	121
a. Direkte Bundessteuer als Bundesrecht	121
b. Harmonisiertes kantonales bzw. kommunales Steuerrecht als föderalisiertes kantonales bzw. kommunales Recht	122
c. Das weitere Bundessteuerrecht als Bundesrecht, insbesondere die Mehrwertsteuer	125
3. Entwicklung von 2007 bis Ende 2015.....	125
a. Regel (Art. 82 BGG) und seltene Ausnahme (Art. 83 BGG).....	125
b. Exkurs: Internationale Amtshilfe in Steuersachen (Art. 84a BGG).....	126
4. Entwicklung ab 2016.....	131
a. Änderungen seit 1. Januar 2016.....	131
b. Änderungen seit 1. Januar 2017.....	133

5.	Zu den Rechtsmittelmöglichkeiten nach Art der Abgabe	134
6.	Art. 102 Abs. 3 DBG als Generalklausel für die Zuständigkeit des Bundesgerichts?	136
7.	Art. 146 DBG und Art. 73 StHG als Detailnormen.....	137
C.	Sachverhaltskontrolle	139
1.	Beschränkung auf Verletzungen von Bundesrecht.....	139
2.	Abgrenzung von Rechtsfrage und Tatfrage	142
D.	Ermessenskontrolle	143
1.	Eingrenzung	143
2.	Anwendungsfälle	145
III.	Zum «Handlungsspielraum» des Bundesgerichts	145
3. Abschnitt:	<i>Reine Rechtsetzungskontrolle</i>	151
1. Kapitel:	Einführung	151
I.	Einordnung, Geschichte, Anwendungsfelder.....	151
A.	Verfeinerung der bisherigen Gegenüberstellung.....	151
B.	Aus der Geschichte der hauptfrageweisen Rechtsetzungskontrolle im Abgaberecht.....	152
C.	Anwendungsfelder	155
1.	Bundesrecht.....	155
2.	Kantonales und kommunales Recht	156
a.	Regel.....	156
b.	Ausnahmen	157
D.	Verhältnis zur vorfrageweisen Rechtsetzungskontrolle	158
1.	Einleitendes Beispiel	158
2.	Teilaspekte der fehlenden Präjudizierung	159
a.	Rechtskraftwirkungen.....	159
b.	Anfechtungsobjekt und Streitgegenstand	161
c.	Unterschiedliche Wirkungen der Entscheide.....	162
E.	Rechtserheblicher Sachverhalt	163
1.	Wenn das Bundesgericht erstinstanzlich entscheidet (Art. 87 Abs. 1 Satzteil 1 BGG)	163
2.	Wenn das Bundesgericht zweitinstanzlich entscheidet (Art. 87 Abs. 2 BGG)	164
II.	Aspekte der Rechtsetzungskontrolle von abgaberechtlichen Erlassen.....	164
A.	Übersicht	164
B.	Insbesondere zur Entstehungskontrolle.....	166
1.	Formelle Entstehungskontrolle.....	166
2.	Quasi-materielle Entstehungskontrolle	167
C.	Insbesondere zur Geltungskontrolle.....	167
1.	Übersicht	167

2.	Zur Rüge der fehlenden Zuständigkeit des Schöpfers der Norm	168
3.	Zur Rüge der ungenügenden Form der Norm	170
D.	Insbesondere zur Inhaltskontrolle	170
1.	Übersicht	170
2.	Rügen im Einzelnen	171
E.	Insbesondere zur Zweckmässigkeitskontrolle	172
2. Kapitel:	Elemente und Technik der Rechtsetzungskontrolle	173
I.	Übersicht	173
A.	Zu den Elementen der Rechtsetzungskontrolle	173
B.	Grafische Zusammenfassung	174
II.	Zum Kontrollthema und zur Identifikation	175
A.	Vorbemerkungen	175
B.	Zum Kontrollgut (neu geschaffenes Recht)	176
C.	Zum Kontrollmassstab (bestehendes Recht)	177
III.	Zum Kontrollvorgang	178
A.	Vorbemerkung	178
B.	Zur Auslegung des Kontrollmassstabs («bestehendes» Recht)	179
1.	Zur Auslegung von Gesetzesrecht	179
a.	Die übliche bundesgerichtliche Formel	179
b.	Die modifizierte bundesgerichtliche Formel	182
2.	Zur Auslegung von Verfassungsrecht	183
a.	Allgemeines	183
b.	Insbesondere zur praktischen Konkordanz	184
C.	Zur Auslegung des Kontrollguts («neues» Recht)	186
1.	Allgemein zur Auslegung neuen Rechts	186
2.	Insbesondere zur verfassungskonformen Auslegung ..	187
IV.	Zur Subordination	188
A.	Eingrenzung der Fragestellung	188
B.	Schärfe der Prüfung	189
1.	Prüfprogramm	189
2.	Grundsatz der Normerhaltung	190
a.	Gründe	190
b.	Frage nach der Alternative	193
V.	Zum Kontrollergebnis und den Rechtsfolgen	193
A.	Kontrollergebnis und Regelfälle	193
B.	Ausnahmefälle	194
C.	Insbesondere zu den Steuertarifen	194

4. Abschnitt: <i>Gemischte Rechtsanwendungskontrolle</i>	195
1. Kapitel: Einführung	195
I. Einordnung, Geschichte, Rechtsfolgen	195
A. Stellung der gemischten Rechtsanwendungskontrolle	195
B. Denkbare Rügen.....	195
C. Geschichte der gemischten Rechtsanwendungskontrolle...	196
II. Insbesondere zur Subordination.....	197
III. Zu den Rechtsfolgen	198
A. Regelfall: Nichtanwendung.....	198
B. Ausnahmefälle	199
C. Insbesondere zu den Appellentscheiden	200
2. Kapitel: Zu den Bundesgesetzen und Bundesrechtsverordnungen	205
I. Übersicht	205
II. Zu den Bundesrechtsverordnungen.....	206
A. Übersicht	206
B. Zu den einzelnen Erscheinungsformen	208
1. Gesetzesersetzende Bundesrechtsverordnungen	208
2. Gesetzesergänzende Bundesrechtsverordnungen	210
3. Gesetzesvollziehende Bundesrechtsverordnungen.....	211
C. Behördenklage	212
3. Kapitel: Kantonales und/oder kommunales Recht.....	213
I. Regel.....	213
II. Ausnahmen aufgrund immunisierender Wirkung.....	213
5. Abschnitt: <i>Auswirkungen der Praxis</i>	215
1. Kapitel: Rechtsfolgen gutheissender Urteile	215
I. Einleitende Zusammenfassung	215
II. Zu den einzelnen Erscheinungsformen	216
A. Reine Rechtsetzungskontrolle	216
B. Reine Rechtsanwendungskontrolle	217
1. Regelfall	217
2. Ausnahmefall	217
a. Änderung einer bestehenden Praxis.....	217
b. Erstmalige Festlegung der Praxis	223
C. Gemischte Rechtsanwendungskontrolle	225
III. Offene Frage: Übergangsrecht?	226
A. Fragestellung.....	226
B. Insbesondere zum Abgaberecht	227
1. Auswirkungen auf die Steuerpflichtigen	227
2. Auswirkungen auf die öffentliche Hand.....	229
C. Überlegungen de lege ferenda.....	229

	D. Das deutsche Erbschaftssteuerurteil von 2014.....	231
2. Kapitel:	Reaktion des Gesetz- oder Rechtsverordnungsgebers	235
I.	Übersicht.....	235
II.	Gesetzgeber wird tätig	235
	A. Entsprechend dem Sinn des Entscheids	235
	1. Verschärfung der Rechtslage.....	235
	2. Milderung der Rechtslage	236
	a. Mehrwertsteuergruppe.....	236
	b. Rückerstattung bezahlter, aber nicht geschuldeter Mehrwertsteuern.....	237
	B. Abweichend vom Sinn des Entscheids.....	238
	1. Verschärfung der Rechtslage.....	238
	2. Milderung der Rechtslage	238
	a. Rückerstattung der LSVA im unbegleiteten kombinierten Verkehr	238
	b. Formalien der mehrwertsteuerlichen Option	239
III.	Gesetzgeber wird nicht tätig	240
	A. Vorbemerkung	240
	B. Die (nicht erfolgte) Revision des Tabaksteuergesetzes.....	241
	1. Problemstellung.....	241
	2. Weitere Schritte des Bundesgerichts	242
	3. Reaktion der Bundesversammlung.....	242
2. Teil:	Abgrenzung der abgaberechtlichen Rechtsetzungskontrolle	245
1. Kapitel:	Übersicht.....	247
2. Kapitel:	Zur Doppelbesteuerungsbeschwerde nach Art. 100 Abs. 5 BGG.....	249
I.	Besonderheiten im Bereich des Verbots der interkantonalen Doppelbesteuerung	249
	A. Entstehung.....	249
	B. Zu den Besonderheiten der Doppelbesteuerungsbeschwerde	253
II.	Einordnung	254
	A. Rechtscharakter.....	254
	B. Verhältnis zum Harmonisierungsrecht.....	255
	C. Verhältnis zur Rechtsetzungskontrolle.....	256
	1. Zur reinen Rechtsetzungskontrolle.....	256
	2. Zur gemischten Rechtsanwendungskontrolle.....	257
3. Kapitel:	Zur Behördenbeschwerde nach Art. 89 Abs. 2 lit. a BGG.....	259
I.	Eingrenzung.....	259
	A. Gegenstück zur Individualbeschwerde.....	259

XVIII

B.	Erfordernis einer Behördenbeschwerde	263
C.	Funktion und Anwendungsbereich.....	267
1.	Im Allgemeinen.....	267
2.	Im Bereich des bundesrechtlichen Abgaberechts im Besonderen.....	268
a.	Direkte Bundessteuer.....	268
b.	Harmonisiertes Steuerrecht der Kantone und Gemeinden.....	279
c.	Mehrwertsteuerrecht, Zollrecht und besondere Verbrauchssteuern	283
d.	Stempelsteuern und Verrechnungssteuer.....	283
III.	Besondere Charakteristiken	284
A.	Erfordernis der rechtlichen Grundlage	284
1.	Allgemeines.....	284
2.	Im Bereich des harmonisierten Steuerrechts	285
3.	Im Bereich des Mehrwertsteuerrechts und Zollrechts .	286
4.	Im Bereich des Mehrwertsteuerrechts CH-FL.....	287
B.	Mass des erforderlichen Interesses.....	288
C.	«Einheit des Verfahrens»	292
D.	Streitgegenstand und Novenrecht.....	295
1.	Streitgegenstand	295
2.	Novenrecht	295
E.	Die ESTV oder EZV als Beschwerdegegnerin im Verfahren vor Bundesgericht	296
1.	Regelfall	296
2.	Ausnahmefall; gleichzeitig zum Institut der Beiladung	297
IV.	Zwischenfazit.....	299
V.	Anfechtung von Erlassen mittels der Behördenbeschwerde? ...	302
A.	Fragestellung.....	302
B.	Annäherung.....	303
1.	Vorliegen einer Verfügung?	303
2.	Bei fehlender Möglichkeit der innerkantonalen Rechtsetzungskontrolle	303
3.	Bei gegebener Möglichkeit der innerkantonalen Rechtsetzungskontrolle	305
C.	Schlussfolgerung.....	305
1.	Zur Grundsatzfrage nach dem zulässigen Rechtsmittel.....	305
2.	Besonderheiten.....	307

4. Kapitel:	Zur Behördenklage nach Art. 120 BGG	309
I.	Anwendungsbereich im Allgemeinen.....	309
A.	Einleitende Übersicht.....	309
B.	Allgemeines	310
1.	Anwendungsbereich der Klage.....	310
2.	Insbesondere zu den Kompetenzkonflikten.....	311
a.	Anfechtungsobjekt.....	311
b.	Streitgegenstand.....	311
c.	Feststellung der Nichtigkeit.....	312
3.	Zum vorrevidierten Recht von 1943.....	313
C.	Prozessuales	315
1.	Parteien.....	315
2.	Rechtsbegehren und Ausrichtung der Klage	316
III.	Zu den Bundesrechtsverordnungen.....	318
A.	Vorbemerkung	318
B.	Zur Anfechtbarkeit mit der Einheitsbeschwerde.....	318
C.	Zur Anfechtbarkeit mit der Behördenklage.....	318
IV.	Einordnung	320
A.	Kein kantonales Verfahren.....	320
B.	Doppelte Subsidiarität.....	320
C.	Befristung qua Treuepflicht?.....	321
1.	Bezogen auf die Behördenklage.....	321
2.	Abgaberechtliche Aspekte der Treuepflicht unter Kantonen	322
D.	Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln?.....	323
V.	Anwendungsbereich der Behördenklage im Abgaberecht	323
A.	Übersicht	323
B.	Kompetenzkonflikte in der direkten Bundessteuer	325
C.	Kompetenzkonflikte im interkantonalen Bereich.....	327
1.	Der Fall VD/GE	327
2.	Würdigung.....	330
D.	Kompetenzkonflikte im Bereich der Stempelsteuer.....	331
1.	Allgemeines.....	331
2.	Judikatur (Auswahl)	332
E.	Kompetenzkonflikte im Bereich der Mehrwertsteuer	333
1.	Allgemeines.....	333
2.	Judikatur (Auswahl)	334
a.	Übersicht.....	334
b.	Droit des pauvres (Kanton Genf).....	335
c.	Abfallabgabe (Kanton Bern).....	336
d.	Vergnügungssteuer (Kanton St. Gallen).....	337
3.	Würdigung.....	339
a.	Absicht des Gesetzgebers	339

b. Umsetzung dieser Absicht	339
c. Fazit	341
F. Weitere abgaberechtliche Kompetenzkonflikte	343
VI. Fazit	343
A. Geschlossenes System von Beschwerde und Klage	343
B. Offene materielle Fragen	345
5. Kapitel: Zur Gemeindeautonomiebeschwerde nach Art. 89 Abs. 2 lit. c BGG	347
I. Allgemeines	347
A. Behaftung der Kantone auf ihre Kantonsverfassung	347
B. Inhalt der Gemeindeautonomie	348
1. Im Allgemeinen	348
2. Im Abgaberecht	348
C. Aspekte der Legitimation	349
1. Legitimation von Privatpersonen zur Anrufung der Gemeindeautonomie	349
2. Legitimation des Gemeinwesens zur Anrufung verfassungsmässiger Individualrechte	350
3. Legitimation des Gemeinwesens im Bereich der Mehrwertabgabe	351
II. Verhältnis zur Rechtsetzungskontrolle	352
III. Gemeindeautonomie im Bereich des Abgaberechts	353
A. Allgemeines	353
B. Judikatur	354
C. Insbesondere zum Fall <i>Münchenstein/BL</i>	355
D. Insbesondere zum Fall <i>Mettauertal/AG</i>	357
E. Hinweis auf den Tessiner Fall	358
6. Kapitel: Zur Stimmrechtsbeschwerde nach Art. 82 lit. c BGG	359
I. Allgemeines	359
A. Gegenstand und Frage der Präjudizierung	359
B. Verdeutlichung der Abgrenzung	360
1. Anhand der Rechtsfolgen	360
2. Anhand der Fristenregelung	361
3. Anhand der Legitimation	362
C. Entstehungsgeschichte	363
D. Die typischen kantonalen Stimmrechtsbeschwerden	364
E. Die untypischen kantonalen Stimmrechtsbeschwerden	366
II. Streitgegenstand und Kognition	369
A. Die Stimmrechtsbeschwerde steht zur Verfügung	369
1. ... betreffend das Initiativrecht (Beispiele)	369
2. ... betreffend das Referendumsrecht (Beispiele)	370
B. Die Stimmrechtsbeschwerde steht nicht zur Verfügung	370

C. Kognition des Bundesgerichts.....	372
III. Zum eigentlichen Prüfprogramm.....	372
IV. Anwendungsfälle abgaberechtlicher Natur	376
A. Vereinbarkeit mit dem StHG?.....	376
1. Gutheissung der Stimmrechtsbeschwerde	376
2. Abweisung der Stimmrechtsbeschwerde.....	377
B. Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Einheit der Materie?	378
1. Gutheissung der Stimmrechtsbeschwerde (und Anordnung der Volksabstimmung)	378
2. Gutheissung der Stimmrechtsbeschwerde (und Aufhebung der Volksabstimmung)	379
C. Vereinbarkeit mit Art. 127 Abs. 2 BV?.....	379
D. Grundsätzliches zur Abgrenzung von Stimmrechtsbeschwerde und hauptfrageweiser Rechtsetzungskontrolle	380
7. Kapitel: Zur subsidiären Verfassungsbeschwerde nach Art. 113 ff. BGG.....	383
I. Einleitende Übersicht.....	383
II. Einzelaspekte	385
A. Anfechtungsobjekt und Rügen	385
B. Allgemeines zu den verfassungsmässigen Individualrechten	385
C. Grundsatz: Legitimation (nur) bei rechtlich geschütztem Sachinteresse.....	386
D. Ausnahme: Legitimation (auch) bei rechtlich geschütztem Verfahrensinteresse	389
E. Insbesondere zu Erlass, Stundung und Zahlungserleichterung.....	390
III. Behördenbeschwerde?	391
8. Kapitel: Zur Massnahmebeschwerde nach Art. 98 BGG.....	395
I. Einordnung	395
II. Entscheid über vorsorgliche Massnahmen.....	395
A. Allgemeines	395
B. Insbesondere zum abgaberechtlichen Sicherstellungsverfahren	396
III. Verletzung verfassungsmässiger Individualrechte.....	397
9. Kapitel: Zur sog. «präventiven Rechtsetzungskontrolle»	401
I. Begriff und Anwendungsbereich	401
II. Präventive <i>Rechts</i> kontrolle auf Bundesebene	402
A. Im Bereich der Gesetzgebung	402

B. Im Bereich der Verfassungsgebung	403
III. Präventive Rechtsetzungskontrolle auf kantonaler Ebene	406
A. Kriterien	406
B. Erscheinungsformen und Rechtsschutz.....	407
3. Teil: Anfechtungsobjekt der abgaberechtlichen Rechtsetzungs-	
kontrolle	411
<i>1. Abschnitt: Übersicht.....</i>	<i>413</i>
I. Zusammenwirken von Verfassung, Rechtssatz, Verfügung	413
A. Eingrenzung des Anfechtungsobjekts	413
1. Mittelstellung	413
2. Abgabeerlass und «Abgabeverfassung»	413
3. Abgabeerlass und Abgabeverfügung	414
B. Von der «Abgabeverfassung» bis zu Stundung und Erlass	
der Abgabe	415
1. Abgabematrix	415
2. Zur Schöpfung der Abgabenorm	416
3. Zur Veranlagung der Abgabe	417
4. Zu Stundung und Erlass der Abgabe	417
II. Das Anfechtungsobjekt im Einzelnen.....	418
A. Erforderliche Abgrenzungen.....	418
B. Im Fall von Art. 87 Abs. 1 Teilsatz 1 BGG	419
C. Im Fall von Art. 87 Abs. 1 Teilsatz 2 BGG	421
<i>2. Abschnitt: Die «Abgabeverfassung»</i>	<i>423</i>
1. Kapitel: Zur ansatzweisen Ausgestaltung.....	423
I. Einleitende Übersicht.....	423
A. Die «Abgabeverfassung» und das Anfechtungsobjekt.....	423
1. Versuch einer Gruppierung	423
2. Kurze Charakterisierung der Bundesverfassung	424
a. Zum Aufbau.....	424
b. Zur Funktion einer Verfassung	426
3. Bedeutung der bundesrechtlichen	
«Abgabeverfassung»	427
a. Eigenschaften derselben	427
b. Fokus auf den Aufgaben (und mithin Ausgaben).	428
c. Ausgestaltung	429
4. Bedeutung der kantonalrechtlichen	
«Abgabeverfassung»	430
B. Die «Abgabeverfassung» und der Streitgegenstand.....	431
II. Die «Abgabeverfassung» im weiteren Sinn.....	433
A. Art. 126 BV als übergeordnete Verfassungsnorm?	433

1.	Vorbemerkung zu Art. 100 Abs. 1 und 4 BV	433
2.	Zu Abs. 1 (Bedeutung der Finanzierungsrechnung)....	434
a.	Die beiden Dimensionen von Art. 126 Abs. 1	434
b.	Die finanzhaushaltrechtliche Dimension	434
c.	Die kausalabgaberechtliche Dimension.....	436
3.	Zu Abs. 2 (Kriterium der Beeinflussbarkeit).....	441
4.	Verhältnis von Abs. 1 zu Abs. 2.....	443
2. Kapitel:	Ansätze einer Abgabeverfassung – Allgemeiner Teil.....	445
I.	Einleitende Übersicht.....	445
A.	Allgemeines	445
B.	Grundrechte und Grundpflichten	447
C.	Verhältnis von Art. 127 Abs. 1 zu Art. 127 Abs. 2 BV.....	449
1.	Zur Abgrenzung	449
2.	Zur Einschränkung	450
D.	Die drei Teilaspekte von Art. 127 Abs. 2 BV	451
II.	Zum Gesetzmässigkeitsprinzip	452
A.	Vorbemerkungen.....	452
1.	Einordnung ins Gefüge von Art. 5 BV	452
2.	Kernsätze von Art. 127 Abs. 1 BV.....	455
B.	Entstehung des abgaberechtlichen Legalitätsprinzips	455
C.	Abgrenzungen	458
1.	Art. 127 und Art. 164 BV.....	458
2.	Art. 127 und Art. 5 bzw. Art. 36 BV, je Abs. 1.....	460
a.	Allgemeines.....	460
b.	Auswirkungen auf die bundesgerichtliche Kognition.....	461
3.	Art. 127 Abs. 1 und Art. 9 BV (Treu und Glauben)....	462
a.	Im Bereich der direkten Steuern	462
b.	Im Bereich der Mehrwertsteuer	463
D.	Teilgehalte des Gesetzmässigkeitsprinzips	464
1.	Einleitende Übersicht	464
a.	Die drei Vorbehalte	464
b.	Insbesondere zu den Kausalabgaben	466
2.	Zum Gesetzesvorbehalt («Normstufe»).....	467
a.	Steuern.....	467
aa.	Allgemeines	467
bb.	Delegation.....	467
b.	Kausalabgaben.....	470
3.	Zum Tatbestandsvorbehalt («Normdichte»).....	472
a.	Steuern.....	472
b.	Kausalabgaben.....	473
aa.	Allgemeines	473

bb. Kostendeckungsprinzip.....	475
cc. Äquivalenzprinzip.....	478
4. Zum Grundsatzvorbehalt («Normgehalt»)	480
III. Zu den Prinzipien nach Art. 127 Abs. 2 BV	480
A. Vorbemerkung	480
B. Insbesondere zum Gerechtigkeitsgedanken	481
1. Gestaltungsspielraum	481
2. Anwendungsfälle berechtigter Ungleichheit (wodurch erst Gerechtigkeit geschaffen wird)	483
C. Zum Allgemeinheitsprinzip	483
D. Zum Gleichmässigkeitsprinzip.....	488
1. Steuern.....	488
2. Kausalabgaben	492
E. Zum Verhältnismässigkeitsprinzip.....	492
1. Allgemeines.....	492
2. Veranschaulichung	494
3. Kausalabgaben	497
3. Kapitel: Ansätze einer Abgabeverfassung – Besonderer Teil.....	499
I. Verfassungsvorbehalt zugunsten der Kantone	499
A. Allgemeines	499
B. Der abgaberechtliche Verfassungsvorbehalt	500
1. Insbesondere zur volkswirtschaftlichen Komponente .	500
2. Insbesondere die verfassungsrechtliche Komponente .	501
3. Zurückführung auf das ursprüngliche Modell	509
4. Insbesondere zu Art. 100 Abs. 5 BV	512
C. Auslegung von Verfassungsbestimmungen	513
1. Im Allgemeinen.....	513
2. Im Bereich des Abgaberechts	514
D. Explizite Erhebungskompetenzen des Bundes.....	515
1. Hauptsteuerarten.....	515
2. Nebensteuerarten	515
E. Implizite Erhebungskompetenzen des Bundes.....	516
1. Kausalabgaben	516
2. Lenkungssteuern.....	517
II. Erscheinungsformen abgaberechtlicher Verfassungsbestimmungen	517
III. Verfassungsbestimmungen mit hauptsächlich abgabebegründender Ausrichtung.....	518
A. Allgemeines zu den Bundesaufgaben	518
1. Enumerationsprinzip	518
2. Abgaberechtliche Kompetenzen.....	518
a. Nach dem Umfang der Zuständigkeit	518

b. Nach der Verdrängung des kantonalen Abgaberechts	519
c. Nach der Regelungsstufe der Kompetenz	521
B. Art. 128 BV: direkte Steuern	521
C. Art. 130 BV: Mehrwertsteuer	522
D. Art. 131 BV: Besondere Verbrauchssteuern	523
1. Allgemeines	523
2. Art. 131 Abs. 1 lit. a BV: Tabak und Tabakwaren	524
3. Art. 131 Abs. 1 lit. b BV: Gebrannte Wasser	527
4. Art. 131 Abs. 1 lit. c BV: Bier	527
5. Art. 131 Abs. 1 lit. d BV: Automobile und ihre Bestandteile	528
6. Art. 131 Abs. 1 lit. e BV: Fossile Brennstoffe	529
7. Art. 131 Abs. 2 lit. a und b BV	529
E. Art. 132, 133 BV und verstreute Normen	529
IV. Verfassungsbestimmungen mit abgabebeschränkender Ausrichtung	530
V. Verfassungsbestimmungen mit nebensächlich abgabebegründender Ausrichtung	530
VI. Verfassungsbestimmungen mit abgabeprägender Ausrichtung	531
3. Abschnitt: Die «Abgabenorm»	533
1. Kapitel: Die «Abgabenorm» im Allgemeinen: Einordnung	533
I. Begriff und Abgrenzung	533
A. Vorbemerkung	533
B. Charakteristiken eines Gesetzes	533
1. Formelle Kriterien	533
a. Form des Gesetzes	533
b. Veröffentlichung des Gesetzes	534
2. Exkurs: Rechtliches Gehör bei Schöpfung des Gesetzes	535
a. Regel: Kein Anspruch auf vorgängige Anhörung	535
b. Ausnahme: Anspruch auf vorgängige Anhörung	536
aa. Kraft Verfassungsrechts	536
bb. Kraft gesetzlicher Anordnung	537
3. Materielle Kriterien	538
a. Ausrichtung des Gesetzes	538
b. Inhalt des Gesetzes	539
C. Mittelstellung zwischen «Abgabeverfassung» und «Abgabeverfügung»	539
D. Zu den bundesrechtlichen Abgabeverordnungen	542
1. Übersicht	542
2. Charakteristiken	545

E.	Dimensionen einer abgaberechtlichen Norm	551
1.	Inhaltliche Dimension	551
a.	Stellung im Allgemeinen	551
b.	Deklaratorische Teilgehalte einer Abgabennorm ...	552
aa.	Beispiele aus dem direktsteuerlichen Bereich.....	552
bb.	Beispiele aus dem mehrwertsteuerlichen Bereich.....	553
2.	Zeitliche Dimension	554
3.	Generelle/individuelle Dimension.....	557
4.	Systematische Dimension.....	559
5.	Objektivierte Dimension	560
6.	Zuteilende Dimension	562
7.	Verweisende Dimension (Verweisung).....	563
a.	Kooperative Rechtsetzung im Abgaberecht?	563
b.	Anwendungsfall.....	564
F.	Abgrenzungen	567
1.	Öffentlich-rechtliche Verträge (Konzessionsverträge etc.).....	567
a.	Allgemeines zu den Konzessionsverträgen	567
b.	Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Gemeinwesen und einem «Intermediär»	569
c.	Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Gemeinwesen und der abgabepflichtigen Person .	570
2.	Individuell-abstrakte Anordnungen im Gesetzeskleid («Einzelfallgesetze»).....	571
3.	Generell-konkrete Anordnungen («Allgemeinverfügungen»)	571
a.	Einordnung	571
b.	Anfechtbarkeit	572
c.	Bedeutung im Abgaberecht	573
4.	Verwaltungsverordnungen	574
a.	Einleitende Übersicht zu den abgaberechtlichen Kreisschreiben	574
b.	Wesen	575
c.	Adressatenkreis und Rechtsschutz.....	579
II.	Urheber von Abgabenormen.....	582
A.	Staatliche Behörden	582
1.	Legislative	582
2.	Exekutive (Regierung und Verwaltung).....	587
a.	Regierung	587
b.	Verwaltung	590
3.	Judikative	591

a.	Bundesgericht	591
b.	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	592
c.	Gerichtshof der Europäischen Union (EUGH)	593
4.	Kirchgemeinden und Bürgergemeinden	593
a.	Geltendes Recht	593
b.	Überliefertes Recht	595
5.	Wassergenossenschaften usw.	595
B.	Nichtstaatliche Behörden?	595
C.	Die Gewohnheit als Schöpferin abgaberechtlicher Normen?	596
2. Kapitel:	Die «Abgabenorm» im Besonderen: Grundstruktur	597
I.	Abgabennormen im engeren und im weiteren Sinn	597
II.	Zum Zusammenwirken von Voraussetzungssatz und Rechtsfolgesatz	598
A.	Überblick	598
B.	Zur eingeschränkten «Kundenfreundlichkeit» des Steuerrechts	600
III.	Zum abgaberechtlichen Voraussetzungssatz	601
A.	Versuch einer Gruppierung der Tatbestandselemente	601
B.	Einreihung der Form nach	602
1.	Übergeordneten Bestimmungen	602
2.	Generalklauselartige Bestimmungen	607
3.	Modulartige Übersichtsbestimmungen	607
4.	In sich abgeschlossene Einzelbestimmungen	608
5.	Teilbestimmungen	608
6.	Begleitende Bestimmungen	608
7.	Schematisierende und pauschalisierende Bestimmungen	608
C.	Einzelheiten und Beispiele	609
1.	Verteilung auf mehrere Normen – oder Konzentration	609
2.	Normalfall	611
D.	Einreihung dem Inhalt nach	611
IV.	Besonderheiten	613
A.	Negative Tatbestandselemente	613
B.	Objektivierte Tatbestandselemente	613
C.	Fremdrechtliche Rechtsbegriffe	613
1.	Einführendes Beispiel	613
2.	Einheit der Rechtsordnung	615
a.	Bedeutung des Fremdrechts	615
b.	Inter- und innersystemische Dimension	616

c.	Judikatur zur Einheit der Rechtsordnung im Abgaberecht.....	618
d.	Einbezug der betriebswirtschaftlichen Sichtweise	619
D.	Unbestimmte Rechtsbegriffe.....	622
1.	Einleitendes Beispiel	622
2.	Beidseitige Unbestimmtheit	623
3.	Kritik des unbestimmten Rechtsbegriffs im Abgaberecht	624
4.	Beispiele.....	626
E.	Qualifiziertes Schweigen	628
1.	Begriff und Abgrenzung.....	628
2.	Kritik des qualifizierten Schweigens im Abgaberecht	629
3.	Praxis zum qualifizierten Schweigen im Abgaberecht	629
a.	Bejahung eines qualifizierten Schweigens (Auswahl)	629
b.	Verneinung des qualifizierten Schweigens (Auswahl)	632
F.	«Ermessen» im Voraussetzungssatz und/oder im Rechtsfolgesatz	633
1.	Übersicht	633
2.	Grundform: Kein Tatbestandsermessen, kein Rechtsfolgeermessen.....	634
3.	Erste Sonderform: Tatbestandsermessen, kein Rechtsfolgeermessen.....	635
4.	Zweite Sonderform: Kein Tatbestandsermessen, Rechtsfolgeermessen.....	636
5.	Dritte Sonderform: Tatbestandsermessen und Rechtsfolgeermessen.....	636
4. Abschnitt:	Die «Abgabeverfügung»	639
I.	Zum Erfordernis der Transformation des Gesetzes.....	639
A.	Regel	639
B.	Ausnahme: Erlässlichkeit einer Transformation des Gesetzes	640
II.	Erscheinungsformen der abgaberechtlichen Verfügung	641
III.	Zur Auslegung von Verfügungen	642
IV.	Regelfall: Die Leistungsverfügung	642
A.	Wesen und Inhalt	642
B.	Die zollrechtliche Veranlagungsverfügung.....	643
V.	Sonderfall: Die Gestaltungsverfügung.....	643
A.	Sicherstellungsverfügung.....	643
B.	Verfügung auf Erlass oder Stundung der Abgabe	645
VI.	Ausnahmefall: Die Feststellungsverfügung	645

A.	Allgemeines	645
B.	Domizilverfügung	646
C.	Weitere Feststellungsverfügungen	646
1.	Direktsteuerrechtlicher Natur	646
2.	Indirektsteuerrechtlicher Natur	647
3.	Zollrechtlicher Natur	647
VII.	«Korrekturverfügungen»	648
A.	Allgemeines zu den Rückkommensgründen	648
B.	Stossrichtung der Rückkommensgründe	649
4. Teil:	Streitgegenstand der abgaberechtlichen Rechtsetzungskontrolle	651
I.	Eingrenzung des Streitgegenstands	653
A.	In der Rechtsanwendungskontrolle	653
B.	In der reinen Rechtsetzungskontrolle	653
II.	Fallkonstellationen für die «bottom-up»-Prüfung	654
A.	Allgemeine Struktur	654
B.	Beispiele	656
1.	Übersicht	656
2.	Zur Vereinbarkeit des kantonalen Abgaberechts mit der Bundesverfassung	656
a.	Sachverhalt	656
b.	Beurteilung durch das Bundesgericht	657
c.	Anmerkungen	660
3.	Zur Vereinbarkeit des eidgenössischen Abgaberechts mit der BV und der EMRK	661
a.	Sachverhalt	661
b.	Beurteilung durch das Bundesgericht	662
c.	Anmerkungen	664
4.	Zur Vereinbarkeit des kommunalen Abgaberechts mit dem kantonalen Recht	664
a.	Sachverhalt	664
b.	Beurteilung durch das Bundesgericht	666
c.	Anmerkungen	669
5.	Zur Vereinbarkeit des kantonalen Abgaberechts mit dem Bundesgesetzesrechts (StHG)	671
a.	Sachverhalt	671
b.	Beurteilung durch das Bundesgericht	671
c.	Anmerkungen	674

5. Teil: Aspekte des Verfahrens der abgaberechtlichen**Rechtssetzungskontrolle 675***1. Abschnitt: Instruktionsstadium..... 677*

1. Kapitel: Sachurteilvoraussetzungen.....	677
I. Vorbemerkungen	677
A. Beschränkung auf einige Aspekte	677
B. Zuständige Abteilung und deren Zusammensetzung	677
II. Die Frage nach der Vorinstanz	678
A. Keine Rechtsweggarantie.....	678
B. Ausgestaltung in den Kantonen	680
III. Legitimation.....	682
A. Aspekte der Legitimation.....	682
B. Legitimation im Fall von Art. 82 BGG.....	683
1. Übersicht	683
2. Ausprägungen.....	684
a. Reine oder gemischte Rechtsanwendungskontrolle	684
b. Reine Rechtssetzungskontrolle	685
C. Legitimation in der abgaberechtlichen Rechtssetzungskontrolle	688
1. Nach der Art der Steuerpflicht	688
a. Persönliche Zugehörigkeit	688
b. Wirtschaftliche Zugehörigkeit.....	689
2. Nach der Staatsangehörigkeit bzw. Ansässigkeit	689
a. In der Schweiz ansässige Ausländer.....	689
b. Im Ausland ansässige Schweizer und Ausländer..	690
3. Nach der Nähe zum Streitgegenstand.....	692
a. Entstehung und Festigung der «Avloca»-Praxis ...	692
b. Zunehmende Zurückdrängung der «Avloca»- Praxis	694
c. Heutige Praxis	696
D. Sonderfälle	697
1. Beschwerdeführung durch eine Behörde.....	697
2. Beschwerdeführung durch eine juristische Personen ..	697
a. Allgemeines.....	697
b. Zuständige Organe.....	698
c. Beschwerdeführung durch die Anteilsinhaber?	699
IV. Verfahrensbeteiligte.....	700
A. Beschwerdegegner	700
B. Parteien	701
1. Im Fall von Art. 87 Abs. 1 Satzteil 1 BGG	701
2. Im Fall von Art. 87 Abs. 1 Satzteil 2 BGG	701

V.	Fristwahrung.....	702
A.	Im Fall von Art. 87 Abs. 1 Satzteil 1 BGG (bei fehlender kantonaler Verfassungsgerichtsbarkeit)	702
1.	Allgemeines.....	702
2.	Besonderheiten	703
B.	Im Fall von Art. 87 Abs. 1 Satzteil 2 BGG (bei bestehender kantonaler Verfassungsgerichtsbarkeit)	704
1.	Regelfall	704
2.	Ausnahmefall	705
VI.	Vorbringen (Rügen und Begründung)	706
A.	Falls das Bundesgericht erste Instanz ist.....	706
B.	Falls das Bundesgericht zweite Instanz ist.....	707
C.	Begründung.....	707
VII.	Weiteres	708
A.	Anschlussbeschwerde bzw. Beschwerdeantwort	708
B.	Sprache.....	709
2. Kapitel:	Instruktion.....	711
I.	Schriftenwechsel	711
II.	Kostenvorschuss	711
III.	Aufschiebende Wirkung	712
A.	Vorbemerkungen.....	712
B.	Beispiel: Verfügung 2C_206/2016* vom 23. August 2016	714
1.	Darstellung	714
2.	Erste Stufe: Rechtsanwendungskontrolle als Ausgangspunkt	714
3.	Zweite Stufe: Rechtsetzungskontrolle (noch nicht rechtskräftiger Erlass).....	715
4.	Dritte Stufe: Rechtsetzungskontrolle (rechtskräftiger Erlass).....	716
5.	Subsumtion im konkreten Fall	717
B.	Bemerkungen	717
C.	Weitere Konstellationen.....	719
1.	Wenn ein kantonales Rechtsmittel ergriffen werden kann (Art. 87 Abs. 1 Satzteil 2 BGG)	719
2.	Im Fall der vorfrageweisen Rechtsetzungskontrolle ...	720
3.	Wenn die Veranlagungsbehörde als Gesuchstellerin auftritt.....	721
2. Abschnitt:	Entscheidungsstadium	723
I.	Entscheidkörper und Form der Entscheidungs.....	723
A.	Entscheidkörper	723
1.	Kantonale Erlasse.....	723

2. Kommunale Erlasse.....	723
B. Form der Entscheidungsfindung.....	723
II. Nach der Art des verletzten Rechts.....	724
A. Verletzung von Bundesgesetzrecht.....	724
B. Verletzung von übrigen Recht	725
III. Fokus der Prüfung.....	727
<i>3. Abschnitt: Urteilsstadium.....</i>	<i>729</i>
1. Kapitel: Verdict	729
I. Im Fall der reinen und gemischten Rechtsanwendungskontrolle	729
II. Im Fall der reinen Rechtsetzungskontrolle	730
A. Wenn das Bundesgericht erstinstanzlich entscheidet (Art. 87 Abs. 1 BGG).....	730
B. Wenn das Bundesgericht zweitinstanzlich entscheidet (Art. 87 Abs. 2 BGG).....	731
2. Kapitel: Kosten und Entschädigung	733
I. Gerichtskosten	733
II. Parteientschädigung	733
III. Unentgeltliche Rechtspflege	734
A. Allgemeines	734
B. Reine Rechtsetzungskontrolle	734
Stichwortverzeichnis	737

Abkürzungen und weitere Fundstellen

AB #### N #	Amtliches Bulletin des Nationalrats (inklusive die Vereinigte Bundesversammlung), Jahrgang, Seitenzahl
AB #### S #	Amtliches Bulletin des Ständerats, Jahrgang, Seitenzahl
AHVg	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (SR 831.10), in Kraft seit 1. Januar 1948 (AS 1947 837)
AIA	Automatischer Informationsaustausch
AIA-Abk. CH-EU	Abkommen vom 26. Oktober 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten (SR 0.641.926.81), vormals ZBstA, in der revidierten Fassung vom 27. Mai 2015, für die Schweiz in Kraft seit 1. Januar 2017 (AS 2016 5003)
AIAG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (SR 653.1), in Kraft seit 27. Mai 2016 (AS 2016 1297)
AIA-Vereinbarung, auch MCAA	Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (SR 0.653.1), für die Schweiz in Kraft seit 1. Januar 2017 (AS 2016 4721)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis, Periodikum, Lachen/SZ
ALBAG	Bundesgesetz vom 16. Juni 2017 über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (BBl 2017 4241), in Kraft seit 1. Dezember 2017 (AS 2017 5907)
AlkG 1886	Bundesgesetz vom 23. Dezember 1886 betreffend gebranntes Wasser (BBl 1886 III 1309; Bericht Kommission NR: BBl 1886 III 604), angenommen in der Volksabstimmung vom 15. Mai 1887 (BBl 1887 III 310), in Kraft vom 20. Juli 1887 (AS 1887 67) bis zum 16. Januar 1901 (AS 1900-01 309)
AlkG 1900	Bundesgesetz vom 29. Juni 1900 über die gebrannten Wasser (BBl 1900 III 606), in Kraft vom 16. Januar 1901 (AS 1900-01 309) bis zum 1. Januar 1933 (AS 1932 425)
AlkG 1932	Bundesgesetz vom 21. Juni 1932 über gebranntes Wasser (Alkoholgesetz; SR 680; BBl 1932 II 55), in Kraft seit 1. Januar 1933 (AS 1932 425)

AlkV 1900	Vollziehungsverordnung vom 24. Dezember 1900 zum Bundesgesetze vom 29. Juni 1900 über gebranntes Wasser (AS 1900-01 310), in Kraft vom 16. Januar 1901 bis zum 1. Januar 1933 (AS 1932 841)
AlkV 1932	Vollziehungsverordnung vom 19. Dezember 1932 zum Bundesgesetz vom 21. Juni 1932 über die gebrannten Wasser (AS 1932 841), in Kraft vom 1. Januar 1933 bis zum 1. Juli 1962 (AS 1962 319)
AlkV 1962	Verordnung vom 6. April 1962 zum Alkohol- und zum Hausbrennereigesetz, in Kraft vom 1. Juli 1962 (AS 1962 319) bis zum 1. Juli 1999 (AS 1999 1731)
AlkV 1999	Alkoholverordnung vom 12. Mai 1999, gestützt auf Art. 70 Abs. 1 und 78 AlkG 1932, Art. 21 LMG 1992 sowie auf Art. 107 Abs. 1 VStrR, in Kraft vom 1. Juli 1999 (AS 1999 1731) bis zum 1. Januar 2018 (AS 2017 5161)
AlkV 2017	Alkoholverordnung vom 15. September 2017 (SR 680.11), in Kraft seit 1. Januar 2018 (AS 2017 5161)
AllgGebV	Allgemeine Gebührenverordnung vom 8. September 2004 (SR 172.041.1), gestützt auf Art. 46a RVOG, in Kraft seit 1. Januar 2005 (AS 2004 4471)
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts (von 1948 bis 1987: Sammlung der eidgenössischen Gesetze)
ASA	Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, Periodikum, Bern
AStG 1996	Automobilsteuergesetz vom 21. Juni 1996 (SR 641.51; BBl 1996 III 75), in Kraft seit 1. Januar 1997 (AS 1996 3045)
AStV 1940	Vollziehungsverordnung vom 6. Dezember 1940 zum Bundesbeschluss über die Ausgleichsteuer, in Kraft vom 1. Januar 1941 (AS 1940 1915) bis zum 31. Dezember 1954 (AS 1954 377)
AStV 1996	Automobilsteuerverordnung vom 20. November 1996 (SR 641.511), gestützt auf das «Automobilsteuergesetz», in Kraft seit 1. Januar 1997 (AS 1996 3058)
avBB	Allgemein verbindlicher Bundesbeschluss
BB Alkohol-Artikel 1885	Bundesbeschluss vom 26. Juni 1885 betreffend teilweise Änderung der Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft (Wirtschaftswesen [Art. 31] und Alkoholfrage [Art. 32 ^{bis} , Art. 6 ÜbBest. BV]; BBl 1885 III 477), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 25. Oktober 1885 (BBl 1885 IV 367)

BB ASt 1940	Bundesbeschluss vom 24. September 1940 über die Ausgleichsteuer, in Ausführung des BB LV/AL 1939, in Kraft vom 1. Januar 1941 (AS 1940 1523) bis zum Erreichen des Mengenziels von Fr. 140 Mio. (Reinertrag ohne Zins; Art. 23 BB ASt 1940), letztmals erhoben für das Jahr 1954 (AS 1954 377)
BB Aussenwirtschaft 1933	Bundesbeschluss vom 14. Oktober 1933 über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland, dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt (AS 1933 811)
BB Aussenwirtschaft 1933/1935	Bundesbeschluss vom 11. Dezember 1935 über die Erneuerung des Bundesbeschlusses vom 14. Oktober 1933 über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland, dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt (AS 1935 792)
BB Aussenwirtschaft 1933/1937	Bundesbeschluss vom 23. Dezember 1937 über die Verlängerung der Geltungsdauer der Bundesbeschlüsse vom 14. Oktober 1933/11. Dezember 1935 über wirtschaftliche Massnahmen, dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt (AS 1937 1038), in Kraft bis zum 31. Dezember 1956 (AS 1954 1313)
BB besondere Verbrauchssteuern 1993	Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über besondere Verbrauchssteuern (BBl 1993 II 882)
BB BV 1865	Bundesgesetz vom 19. Wintermonat [November] 1865 betreffend die Revision der Bundesverfassung (BBl 1865 IV 1), umfassend neun Revisionspunkte
BB BV 1872	Bundesgesetz vom 5. März 1872 betreffend die Revision der Bundesverfassung vom 12. September 1848 (AS 1869–1872 731 [Referendumsvorlage], AS 1869–1872 767 [Bundesratsbeschluss vom 13. März 1872 betreffend die Abstimmung über die revidierte Bundesverfassung], 1869–1872 771 [Bundesbeschluss vom 29. Mai 1872 betreffend die Erhaltung der Abstimmung über die am 5. März 1872 vorgelegte, revidierte Bundesverfassung]), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 12. Mai 1872 (BBl 1872 II 358)
BB BV 1874	Bundesgesetz vom 31. Januar 1874 betreffend die Revision der Bundesverfassung vom 12. September 1848 (Beilage zu BBl 1874 I 282), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 19. April 1874 (BBl 1874 I 699), Erhaltung beantragt durch die Kommissionen (BBl 1874 II 477 [Nationalrat] und 485 [Ständerat]), erwahrt durch die Bundesversammlung am 29. Mai 1874, in Kraft vom selben Tag (AS 1875 1 bzw. 38) bis zum 1. Januar 2000 (AS 1999 2609 f.)

BB dBSt-Initiative 1918	Bundesbeschluss vom 22. März 1918 über das Volksbegehren betreffend Aufnahme eines Art. 41 ^{bis} in die Bundesverfassung und Abänderung des Art. 42 lit. f derselben (Einführung der direkten Bundessteuer; BBl 1918 I 474), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1918 (BBl 1918 III 683)
BB Fiskalnotrecht 1933	Bundesbeschluss vom 13. Oktober 1933 über die ausserordentlichen und vorübergehenden Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Bundeshaushalt (Finanzprogramm 1933), dringlich erklärt, unbefristet (mit der Pflicht zur jährlichen Berichterstattung) und unter Ausschluss des Referendums sofort in Kraft gesetzt (AS 1933 839)
BB Fiskalnotrecht 1936	Bundesbeschluss vom 31. Januar 1936 über neue ausserordentliche Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Bundeshaushalte in den Jahren 1936 und 1937 (Finanzprogramm 1936), dringlich erklärt, unter Ausschluss des Referendums am 1. Februar 1936 in Kraft gesetzt (Art. 58 Abs. 1 Satz 1 BB Fiskalnotrecht 1936; AS 1936 17) und ursprünglich befristet bis zum 31. Dezember 1937 (Art. 58 Abs. 1 Satz 2 BB Fiskalnotrecht 1936)
BB Fiskalnotrecht 1938	Bundesbeschluss vom 28. Oktober 1937 über die Verlängerung und Anpassung des Fiskalnotrechtes für das Jahr 1938 (Finanzprogramm 1938), dringlich erklärt und unter Ausschluss des Referendums sofort in Kraft gesetzt (AS 1937 853)
BB FO 1939–1941	Bundesbeschluss vom 30. September 1938 betreffend die Übergangsordnung des Finanzhaushaltes (BBl 1938 II 490), befristet bis zum 31. Dezember 1941, von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 27. November 1938 (BBl 1938 II 1104)
BB FO 1946–1949	Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1945 über die zweite Verlängerung der Finanzordnung 1939/1941 (Finanzordnung 1946–1949), dringlich erklärt und unter Ausschluss des Referendums am 1. Januar 1946 in Kraft gesetzt (AS 1945 1110)
BB FO 1950	Bundesbeschluss vom 21. März 1950 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1950 I 737), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 4. Juni 1950 (BBl 1950 II 409)
BB FO 1950–1951	Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1949 betreffend die Übergangsordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (Finanzordnung 1950 und 1951), dringlich erklärt und am 1. Januar 1950 in Kraft gesetzt (AS 1949 1801)

BB FO 1951–1954	Bundesbeschluss vom 29. September 1950 über die Finanzordnung 1951 bis 1954 (BBl 1950 III 31), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1950 (BBl 1950 III 731), in Kraft getreten am 1. Januar 1951 (AS 1950 1463)
BB FO 1953	Bundesbeschluss vom 25. September 1953 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (Finanzordnung 1955 bis 1964; BBl 1953 III 235), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1953 (BBl 1954 I 43)
BB FO 1955–1958/I	Bundesbeschluss vom 25. Juni 1954 über die Finanzordnung 1955 bis 1958 (BBl 1954 II 1), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 24. Oktober 1954 (BBl 1954 II 942), in Kraft vom 1. Januar 1955 (AS 1954 1314) bis zum 1. Januar 1959
BB FO 1955–1958/II	Bundesbeschluss vom 22. Dezember 1954 über die Ausführung der Finanzordnung 1955 bis 1958, in Kraft vom 1. Januar 1955 (AS 1954 1316)
BB FO 1959–1964	Bundesbeschluss vom 31. Januar 1958 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1958 I 338), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 11. Mai 1958 (BBl 1958 I 1068)
BB FO 1965–1974	Bundesbeschluss vom 27. September 1963 über die Weiterführung der Finanzordnung des Bundes (Verlängerung der Geltungsdauer von Art. 41 ^{ter} BV und Ermässigung der Wehrsteuer; BBl 1963 II 817), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 8. Dezember 1963 (BBl 1963 II 1568), in Kraft seit 1. Januar 1965 (AS 1963 1162)
BB FO 1970	Bundesbeschluss vom 24. Juni 1970 über die Änderung der Finanzordnung des Bundes (BBl 1970 II 1), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 15. November 1970 (BBl 1970 II 1574)
BB FO 1971–1982	Bundesbeschluss vom 11. März 1971 über die Weiterführung der Finanzordnung des Bundes (BBl 1971 I 486), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 6. Juni 1971 (BBl 1971 I 1405), in Kraft seit 1. Januar 1971 (AS 1971 907)
BB FO 1981–1994	Bundesbeschluss vom 19. Juni 1981 über die Weiterführung der Finanzordnung und die Verbesserung des Bundeshaushaltes (BBl 1981 II 561), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 29. November 1981 (BBl 1982 I 194)

BB FO 1995–2006	Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Finanzordnung (BBl 1993 II 877), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 28. November 1993 (BBl 1994 I 461)
BB FO 2007–2020	Bundesbeschluss vom 19. März 2004 über eine neue Finanzordnung (BBl 2004 1363), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 28. November 2004 (BBl 2005 951), in Kraft seit 1. Januar 2007 (AS 2006 1057)
BB FO 2021–2035	Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2012 (BBl 2017 4205), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 4. März 2018
BB KMob-Kosten 1914–1918/I	Bundesbeschluss vom 14. Juni 1923 über den Generalabschluss für die Ausgaben der Kriegsmobilmachung in den Jahren 1914–1921, sofort in Kraft gesetzt (AS 1923 176)
BB KMob-Kosten 1914–1918/II	Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1930 betreffend die Abänderung des Bundesbeschlusses vom 14. Juni 1923 über den Generalabschluss für die Ausgaben der Kriegsmobilmachung in den Jahren 1914–1921, sofort in Kraft gesetzt (AS 1930 537)
BB KrSt 1915	Bundesbeschluss vom 22. Dezember 1915 betreffend die eidgenössische Kriegssteuer (AS 1915 445), gestützt auf den Bundesbeschluss vom 15. April 1915 betreffend Erlass eines Artikels der Bundesverfassung zur Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer, in Kraft getreten am 1. Januar 1916 (Art. 47 KrStB 1915; gemäss Präsidialverfügung vom 27. Dezember 1915, Geschäftsnummer 3011; Annex zum Protokoll der 126. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates vom 23. Dezember 1915); allem Anschein nach formell nie ausser Kraft gesetzt
BB KrSt 1920	Bundesbeschluss vom 28. September 1920 betreffend die neue ausserordentliche Kriegssteuer (AS 1920 667), in Kraft vom 1. Januar 1921 (Art. 145 KrStB 1920) bis zum 31. Dezember 1932; allem Anschein nach formell nie ausser Kraft gesetzt
BB KrSt-Artikel 1915	Bundesbeschluss vom 15. April 1915 betreffend Erlass eines Artikels der Bundesverfassung zur Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer (Art. 42 ^{bis} BV 1874; BBl 1915 II 1), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 6. Juni 1915 (BBl 1915 III 30)
BB KrSt-Artikel 1919	Bundesbeschluss vom 14. Februar 1919 (BBl 1919 I 303) betreffend Erlass eines Artikels der Bundesverfassung über die Erhebung einer neuen ausserordentlichen Kriegssteuer, von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Mai 1919 (BBl 1919 III 489; AS 1920 587)

BB LV/AL 1939	Bundesbeschluss vom 6. April 1939 betreffend Ergänzung der Bundesverfassung für die Eröffnung und die teilweise Deckung von Krediten zum Ausbau der Landesverteidigung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (BBl 1939 I 668), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 4. Juni 1939 (BBl 1939 II 43)
BB Massnahmen 1940	Bundesbeschluss vom 11. April 1940 über Massnahmen zur Tilgung der ausserordentlichen Wehraufwendungen und zur Ordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1940 I 432), der Volksabstimmung nicht unterstellt und am 30. April 1940 in Kraft gesetzt (AS 1940 410)
BB MPE 1916	Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1915 betreffend Erhöhung des Militärpflichtersatzes im Jahre 1916, sofort in Kraft getreten (AS 1915 463), nicht in BBl
BB MPE 1917	Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1916 betreffend Erhöhung des Militärpflichtersatzes im Jahre 1917, sofort in Kraft getreten (AS 1916 623), nicht in BBl
BB MPE 1918	Bundesbeschluss vom 10. Dezember 1917 betreffend Erhöhung des Militärpflichtersatzes im Jahre 1918, sofort in Kraft getreten (AS 1917 1049), nicht in BBl
BB MPE 1921	Bundesbeschluss vom 18. Februar 1921 betreffend die Anrechnung von geleistetem Militärdienst bei der Bemessung des Militärpflichtersatzes (BBl 1921 I 247), rückwirkend in Kraft getreten am 1. Januar 1921 (AS 1921 357)
BB NAF	Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (BBl 2016 7587), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 (BBl 2017 3387), in Kraft getreten am 1. Januar 2018 (AS 2017 6731)
BB Notmassnahmen 1936	Bundesbeschluss vom 29. September 1936 über wirtschaftliche Notmassnahmen, dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt, ursprünglich befristet bis zum 31. Dezember 1937 (AS 1936 749), verlängert durch Bundesbeschluss vom 23. Dezember 1937 bis Ende 1939 (AS 1937 1039), dringlich erklärt, und durch Bundesbeschluss vom 21. September 1939 letztmals bis Ende 1942 (AS 1940 29; BBl 1943 I 386)
BB Reichtumssteuer-Initiative 1976	Bundesbeschluss vom 8. Oktober 1976 über das Volksbegehren «zur Steuerharmonisierung, zur stärkeren Besteuerung des Reichtums und zur Entlastung der unteren Einkommen (Reichtumssteuer-Initiative)» (BBl 1976 III 647), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 4. Dezember 1977 (BBl 1978 I 321)

BB Revision Alkohol-Artikel 1930	Bundesbeschluss vom 5. Dezember 1929 betreffend die Revision der Art. 31 und 32bis BV (Alkoholwesen; BBl 1929 III 645), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 6. April 1930 (BBl 1930 I 382)
BB Spielbankenverbot 1919	Bundesbeschluss vom 22. November 1919 über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Errichtung von Spielbanken» (BBl 1919 V 739; 1920 I 153), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 21. März 1920 (BBl 1920 II 260)
BB Spielbankenverbot 1927	Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1927 über das Initiativbegehren um Abänderung des Art. 35 BV (Volksbegehren zur Erhaltung der Kursäle und zur Forderung des Fremdenverkehrs; BBl 1927 II 737), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 2. Dezember 1928 (BBl 1929 I 93)
BB Spielbankenverbot 1993	Bundesbeschluss vom 9. Oktober 1992 über die Aufhebung des Spielbankenverbots (BBl 1992 VI 58), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 7. März 1993 (BBl 1993 I 1590)
BB Stempel-Artikel 1917	Bundesbeschluss vom 29. März 1917 betreffend die Einfügung eines Art. 41 ^{bis} und eines Art. 42 lit. g in die Bundesverfassung (Stempelabgaben; BBl 1917 I 448), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 13. Mai 1917 (BBl 1917 III 409; AS 1917 407), in Kraft bis zum 1. Januar 1959 (AS 1958 362)
BB Teil-FO 1976	Bundesbeschluss vom 17. Dezember 1976 über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer (BBl 1976 III 1531), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 12. Juni 1977 (BBl 1977 II 1505)
BB Teil-FO 1978	Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1978 über die Neuordnung der Umsatzsteuer und der direkten Bundessteuer (BBl 1978 II 1747), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 20. Mai 1979 (BBl 1979 II 497)
BB Teil-FO 1991	Bundesbeschluss vom 14. Dezember 1990 über die Neuordnung der Bundesfinanzen (BBl 1990 III 1657), von Volk und Ständen <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1991 (BBl 1991 III 1301)
BB Vermehrung Einnahmen 1914	Bundesbeschluss vom 23. Dezember 1914 betreffend Massnahmen zur sofortigen Vermehrung der Einnahmen des Bundes (AS 1914 672), dringlich erklärt und gestaffelt am 29. Dezember 1914, 1. Januar 1915 und 1. Februar 1915 in Kraft gesetzt (BRB vom 29. Dezember 1914, AS 1914 677)

BB Vollmachten 1914	Bundesbeschluss vom [Montag] 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität, dringlich erklärt und von der Bundesversammlung sofort in Kraft gesetzt (AS 1914 347)
BB Vollmachten 1914/1919	Bundesbeschluss vom 3. April 1919 betreffend Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt (AS 1919 255)
BB Vollmachten 1914/1921	Bundesbeschluss vom 19. Oktober 1921 betreffend die Aufhebung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt (AS 1921 741)
BB Vollmachten 1939	Bundesbeschluss vom 30. August 1939 über Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität (AS 1939 769), dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt; ausser Kraft am 1. Januar 1951 (AS 1950 1493)
BB Vollmachten 1939	Bundesbeschluss vom 30. August 1939 über Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität (AS 1939 769), dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt; ausser Kraft am 1. Januar 1951 (AS 1950 1493)
BBA	Abkommen vom 26. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen (SR 0.351.926.81), von der Schweiz <i>provisorisch</i> angewendet seit dem 8. April 2009 (AS 2009 1299)
BB1	Bundesblatt, Periodikum, Bern
BdBSt	Siehe BRB WSt 1940
BDSV	Verordnung vom 15. Oktober 2003 über die Lenkungsabgabe auf Benzin und Dieselöl mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,001 Prozent (SR 814.020), gestützt auf Art. 35b ^{bis} Abs. 4–6 USG, in Kraft seit 1. Januar 2004 (AS 2003 4065)
BEK-ZPO/CH	Hausheer, Heinz/Walter, Hans Peter (Hrsg.), Schweizerische Zivilprozessordnung, Berner Kommentar, Bern 2012
BEPS	Massnahmen der OECD/G-20 zum «Base Erosion and Profit Shifting»
BG	Bundesgesetz
BGBM	Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1995 über den Binnenmarkt (SR 943.02), in Kraft seit 1. Juli 1996 (AS 1996 1738)
BGE	In die amtliche Sammlung aufgenommener Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts

BGerR	Reglement (des Bundesgerichts) vom 20. November 2006 für das Bundesgericht (SR 173.110.131), in Kraft seit 1. Januar 2007 (AS 2006 5635)
BGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz; SR 173.110; BBl 2005 4045), in Kraft seit 1. Januar 2007 (AS 2006 1205)
BGSA	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (SR 822.41), in Kraft seit 1. Januar 2008 (AS 2007 359); vgl. VOSA
BRB	Bundesratsbeschluss
BRB Abbau KrGewSt 1946/1948	Bundesratsbeschluss vom 30. September/22. Oktober 1946 über den Abbau der Kriegsgewinnsteuer und deren Ersetzung durch eine zusätzliche Wehrsteuer von höheren Erwerbseinkommen und Geschäftserträgen (AS 1946 908), gestützt auf Art. 5 des BB Vollmachten 1939/1945, in Kraft getreten am 25. Oktober 1946 (AS 1946 908), geändert mit Bundesratsbeschluss vom 9. November 1948, dieser in Kraft ab 15. November 1948 (AS 1948 1115; BBl 1948 III 840)
BRB Alk. 1915	Bundesratsbeschluss vom 8. Januar 1915 über die Einfuhr von gebrannten Wassern und Brennstoffen, sowie über den Monopolverkauf, gestützt auf den BB Vollmachten 1914, in Kraft vom 15. Januar 1915 (AS 1915 8)
BRB Alk. 1919	Bundesratsbeschluss vom 10. Februar 1919 über die Einfuhr von gebrannten Wassern und Brennstoffen sowie über den Monopolverkauf, gestützt auf den BB Vollmachten 1914, in Kraft vom 14. Februar 1919 (Art. 9 Abs. 1 BRB Alkohol-Monopol 1919; AS 1919 102), bereinigt durch den Bundesratsbeschluss vom 5. April 1919 betreffend den Monopolverkauf gebrannter Wasser, dieser in Kraft vom 7. April 1919 (AS 1919 261)
BRB Alk. 1930	Bundesratsbeschluss vom 7. April 1930 über den Monopolverkauf gebrannter Wasser zum Trinkverbrauch und die Erhebung der Monopolgebühren (AS 1930 107), gestützt auf den Bundesbeschluss vom 5. Dezember 1929 betreffend die Revision der Art. 31 und 32 ^{bis} BV und die Aufnahme eines neuen Art. 32 ^{quater} (Alkoholwesen; BBl 1930 I 381), dieser von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 6. April 1930 (BBl 1930 I 382) und gestützt auf Art. 19 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1900 über gebranntes Wasser, genehmigt durch den Bundesbeschluss vom 26. Juni 1930 betreffend die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses vom 7. April 1930 über den Monopolverkauf gebrannter Wasser zum Trinkverbrauch und die Erhebung von Monopolgebühren (AS 1930 407), dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt (AS 1930 107)

BRB Alk. 1932	Bundesratsbeschluss vom 21. September 1932 über die Herstellung, die Ablieferung und die Abgabe gebrannter Wasser (AS 1932 455)
BRB Alk. 1936	Bundesratsbeschluss vom 1. September 1936 über die Ablieferung und Besteuerung gebrannter Wasser (AS 1936 65)
BRB Alk. 1937	Bundesratsbeschluss vom 24. August 1937 über die Ablieferung und Besteuerung gebrannter Wasser (AS 1937 751)
BRB Alk. 1938	Bundesratsbeschluss vom 26. August 1938 über die Ablieferung und Besteuerung gebrannter Wasser (AS 1938 401)
BRB Aufhebung Noterlasse 1920	Bundesratsbeschluss vom 26. Oktober 1920 betreffend Aufhebung von Noterlassen (AS 1920 726)
BRB Auswanderer-Wehrbeitrag 1941	Bundesratsbeschluss vom 3. Januar 1941 über die Erhebung eines Auswanderer-Wehrbeitrags (AS 1941 5), gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939, in Kraft vom 8. Januar 1941 (AS 1941 5), Ausserkraftsetzung unklar
BRB FO 1941–1945	Bundesratsbeschluss vom 30. April 1940 über Massnahmen zur Tilgung der ausserordentlichen Wehraufwendungen und zur Ordnung des Finanzhaushaltes, Art. 8, mit welchem die FO 1939–1941 bis 1945 verlängert wird (AS 1940 210)
BRB GST 1934	Bundesratsbeschluss vom 4. August 1934 über die eidgenössische Getränkesteuer (AS 1934 671), gestützt auf Art. 27 BB Fiskalnotrecht 1933, von der Bundesversammlung genehmigt mit Bundesbeschluss vom 29. September 1934 betreffend die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses vom 4. August 1934 über die eidgenössische Getränkesteuer (AS 1934 670), in Kraft ab 1. Januar 1935 (AS 1934 1375), ursprünglich befristet bis zum 1. Januar 1936 (AS 1933 839), verlängert mit Bundesratsbeschluss vom 21. September 1936 (AS 1936 725) bis zum 1. Januar 1938, mit Ausnahme der Steuer auf Bier weitgehend aufgehoben bereits ab 1. Oktober 1937 (BRB vom 27. September 1937 [AS 1937 809], dieser genehmigt durch die Bundesversammlung mit Bundesbeschluss vom 26. Oktober 1937 betreffend die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses vom 27. September 1937 über den Bezug der eidgenössischen Getränkesteuer [AS 1937 859])
BRB GST 1937	Bundesratsbeschluss vom 27. September 1937 über den Bezug der eidgenössischen Getränkesteuer (AS 1937 809), in Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 4. August 1934 über die eidgenössische Getränkesteuer, unter Vorbehalt der Genehmigung der Bundesversammlung provisorisch in Kraft gesetzt am 1. Oktober 1937, von der Bundesversammlung genehmigt mit Bundesbeschluss vom 26. Oktober 1937 betreffend die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses vom 27. September 1937 über den Bezug der eidgenössischen

	Getränkesteuer (AS 1937 859), verlängert durch BRB vom 30. April 1940 (AS 1940 410), FO 1946–1949, FO 1950–1951, FO 1951–1954 und FO 1955–1958, ab 1. Januar 1959 gestützt auf Art. 41 ^{ter} Abs. 1 BV 1874 (AS 1958 362), ausser Kraft gesetzt am 1. Juli 2007 (AS 2007 2893)
BRB KrGewSt 1916	Bundesratsbeschluss vom 18. September 1916 betreffend die eidgenössische Kriegsgewinnsteuer (AS 1916 351), gestützt auf das Postulat der eidgenössischen Räte vom 14. Juni 1916 (Beschluss NR) bzw. 21. Juni 1916 (Genehmigung SR) über die Besteuerung der Kriegsgewinne und Art. 3 BB Vollmachten 1914, in Kraft ab 18. September 1916 (Art. 47 Abs. 1 BRB KrGewSt 1916) und mit Wirkung ab 1. Januar 1915, erhoben (Art. 5 BRB KrGewSt 1916) bis zum 31. Dezember 1920 (Bundesratsbeschluss vom 14. Juli 1922; AS 1922 465), schliesslich mit sofortiger Wirkung aufgehoben am 13. Februar 1933 (AS 1933 71)
BRB KrGewSt 1940	Bundesratsbeschluss vom 12. Januar 1940 über die Erhebung einer eidgenössischen Kriegsgewinnsteuer (AS 1940 45), gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939, mit Änderungen vom 18. November 1940 (AS 1941 1289), 19. Juli 1944 (AS 1944 487) und 14. September 1944 (AS 1944 596), in Kraft vom 15. Januar 1940 (AS 1940 61) bis zum 31. Dezember 1946 (AS 1948 1115)
BRB KrGewSt 1974	Bundesratsbeschluss vom 17. Juni 1974 über die Aufhebung des Fonds für Kriegsgewinnsteuer-Rückerstattungen (AS 1974 1063; ehemals SR 642.32), in Kraft vom 15. Juni 1974 bis zum 31. Dezember 1976
BRB KrisA 1934	Bundesratsbeschluss vom 19. Januar 1934 über die eidgenössische Krisenabgabe (AS 1934 49), gestützt auf BB Fiskalnotrecht 1933, rückwirkend in Kraft vom 1. Januar 1934 (Art. 167 BRB KrisA 1934) bis zum 31. Dezember 1938 (Bundesratsbeschluss vom 3. Dezember 1937 über die Erhebung der eidgenössischen Krisenabgabe im Jahre 1938; AS 1937 993), in Kraft gesetzt am 1. Januar 1938
BRB KrisA 1934/1936	Bundesratsbeschluss vom 18. Januar 1936 betreffend die Abänderung des BRB vom 19. Januar 1934 über die eidgenössische Krisenabgabe (AS 1936 7), in Kraft ab 1. Januar 1936, abgeändert durch Bundesratsbeschluss vom 12. Mai 1936 betreffend die Beschränkung der Verwendung des für die eidgenössische Krisenabgabe vorgesehenen Lohnausweises (AS 1936 233), Ausserkraftsetzung unklar
BRB KrisA 1934/1937	Bundesratsbeschluss vom 3. Dezember 1937 über die Erhebung der eidgenössischen Krisenabgabe im Jahre 1938 (AS 1937 993), gestützt auf den BB Fiskalnotrecht 1938

BRB KrisA 1938	Bundesratsbeschluss vom 16. Dezember 1938 über die Erhebung der eidgenössischen Krisenabgabe in den Jahren 1939 bis 1941 (AS 1938 865), gestützt auf Art. I Ziff. 2 BB FO 1939–1941, in Kraft vom 1. Januar 1939
BRB LSt 1942	Bundesratsbeschluss vom 13. Oktober 1942 (revidiert am 29. Dezember 1942; AS 1942 1247) über die Luxussteuer (AS 1942 1022), gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939, in Kraft ab 31. Oktober 1942 (AS 1942 1022), sukzessive bis zum 31. Dezember 1958 verlängert, ausser Kraft gesetzt am 1. Januar 1959 (Ziff. III Abs. 2 des BB FO 1959–1964; vgl. auch Verfügung Nr. 5 des EFD vom 15. Juli 1958 betreffend die Luxussteuer [Übergangsbestimmungen zum Wegfall der Luxussteuer; AS 1958 480])
BRB MPE 1915	Bundesratsbeschluss vom 15. Januar 1915 betreffend die Militärsteuer mit Bezug auf den Aktivdienst (AS 1915 15), gestützt auf das Bundesgesetz vom 12. April 1907 über die Militärorganisation (MO), das MPEG 1878, den BB Vermehrung Einnahmen 1914 sowie den BB Vollmachten 1914, sofort in Kraft getreten (AS 1915 15)
BRB MPE 1920	Bundesratsbeschluss vom 21. Mai 1920 betreffend die Anrechnung von Aktivdienst bei der Bemessung des Militärpflichtersatzes (AS 1920 308), gestützt auf den BB Vollmachten 1914/1919, rückwirkend in Kraft gesetzt vom 1. Januar 1920 (Art. 2 BRB MPE 1920) bis zum 27. Mai 1921 (Art. 5 MPEV 1921)
BRB MPE 1939/1940/-1942/1943	Bundesratsbeschluss vom 28. November 1939 (AS 1939 1446)/19. Juli 1940 (AS 1940 1239)/10. März 1942 (AS 1942 223)/16. Februar 1943 (AS 1943 131)/17. Dezember 1943 (AS 1943 985) über den Militärpflichtersatz während des Aktivdienstes, gestützt auf den BB Vollmachten 1939
BRB Sicherstellung KrGewSt 1916	Bundesratsbeschluss vom 29. Juli 1916 betreffend die Sicherstellung der Kriegsgewinnsteuer, gestützt auf den BB Vollmachten 1914 und im Hinblick auf die vom Bundesrat gemäss dem Postulat der eidgenössischen Räte vom 21. Juni 1916 einzuführende eidgenössische Kriegsgewinnsteuer (AS 1916 257), in Kraft vom selben Tag (Art. 5 BRB Sicherstellung KrGewSt 1916) bis zum 18. September 1916 (Art. 47 BRB KrGewSt 1916; AS 1916 351)
BRB Strafbarkeit 1917	Bundesratsbeschluss vom 26. Dezember 1917 betreffend die Strafbarkeit der fahrlässigen Widerhandlungen gegen die Kriegsverordnungen des Bundesrats und seiner Departemente, gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1914, in Kraft vom selben Tag (AS 1917 1122), Ausserkraftsetzung unklar

BRB TSt 1933	Bundesratsbeschluss vom 27. Oktober 1933 über die Besteuerung des Tabaks (AS 1933 867), gestützt auf Art. 26 BB Fiskalnotrecht 1933, als «vorsorgliche Massnahme» in Kraft vom 1. November 1933 bis zum 1. Januar 1938 (AS 1937 1043), mehrfach revidiert
BRB VSt 1944	Bundesratsbeschluss vom 31. Oktober 1944 über die Abänderung des Verrechnungssteuerbeschlusses (Erhöhung der Verrechnungssteuer, Vereinheitlichung der Couponsteuersätze, Erhöhung der Stempelabgabe auf inländischen Aktien und sonstigen Beteiligungsurkunden, andere Anpassungen, in Kraft vom 1. Januar 1944 (AS 1944 698) bis zum 1. Januar 1967 (Art. 72 Abs. 1 lit. a VStG 1965; AS 1966 371)
BRB WO 1940	Bundesratsbeschluss vom 19. Juli 1940 über die Erhebung eines einmaligen Wehropfers, gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939 und in Ausführung des BRB FO 1941–1945, in Kraft vom 25. Juli 1940 (AS 1940 1209)
BRB WO 1942	Bundesratsbeschluss vom 20. November 1942 über die Erhebung eines neuen Wehropfers, gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939, in Kraft vom 1. Januar 1943 (AS 1942 1093)
BRB WSt 1940 («BdBSt»)	Bundesratsbeschluss vom 9. Dezember 1940 über die Erhebung einer Wehrsteuer, gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939 und in Ausführung des BRB FO 1941–1945, in Kraft vom 1. Januar 1941 (AS 1940 1947), ursprünglich befristet bis 1945 (Art. 1 BRB WSt 1940), mehrfach verlängert bis zum 1. Januar 1995 (Art. 201 DBG; AS 1991 1184), ab 1. Januar 1983 als «Bundesratsbeschluss über die Erhebung einer direkten Bundessteuer» bezeichnet (AS 1982 144)
BRB WUSt 1941 («WUSTB» oder «WUB»)	Bundesratsbeschluss vom 29. Juli 1941 über die Warenumsatzsteuer, gestützt auf Art. 3 BB Vollmachten 1939 und in Ausführung des BRB FO 1941–1945, in Kraft ab 31. Juli 1941 (AS 1941 793), ursprünglich befristet bis 1945 (Art. 1 BRB WUSt 1941), mehrfach verlängert bis zum 1. Januar 1995 (Art. 82 MWSTV 1994, AS 1994 1464)
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen (1848–1947)
BSK	Basler Kommentar
BSK-BGG, 2. Aufl.	Niggli, Marcel Alexander/Uebersax, Peter/Wiprächtiger, Hans (Hrsg.), Bundesgerichtsgesetz (BGG), Basler Kommentar, 2. Aufl., Basel 2011
BSK-BGG, 3. Aufl.	Niggli, Marcel Alexander/Uebersax, Peter/Wiprächtiger, Hans/Kneubühler, Lorenz (Hrsg.), Bundesgerichtsgesetz (BGG), Basler Kommentar, 3. Aufl., Basel 2018

BSK-BV	Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Bundesverfassung, Basler Kommentar, Basel 2015
BSK-IRSG/GwÜ	Niggli, Marcel Alexander/Heimgartner, Stefan (Hrsg.), Internationales Strafrecht (IRSG und GwÜ), Basler Kommentar, Basel 2015
BStG 2006	Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Biersteuer (SR 641.411; BBl 2006 8403), in Kraft seit 1. Juli 2007 (AS 2007 2907)
BStV 2007	Verordnung vom 15. Juni 2007 über die Biersteuer (SR 641.411.1), gestützt auf Art. 43 Abs. 1 BStG, in Kraft seit 1. Juli 2007 (AS 2007 2909)
BV 1815	Bundesvertrag vom 7. August 1815 zwischen den XXII Cantonen der Schweiz, in Kraft vom selben Tag bis zum 16. November 1848, wiedergegeben in: KLEY, Verfassungsgeschichte, S. 466 ff.
BV 1848	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 12. Herbstmonat [September] 1848 (AS 1848–1850 3), in Kraft vom 16. November 1848 (AS 1848–1850 38) bis zum 29. Mai 1874 (vgl. AS 1875 1 bzw. 38)
BV 1874	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874, in Kraft vom 29. Mai 1874 (AS 1875 1 bzw. 38) bis zum 1. Januar 2000 (AS 1999 2609 f.); siehe auch BB BV 1874
BV oder BV 1999	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101; BBl 1999 162), in Kraft seit 1. Januar 2000 (AS 1999 2556)
BVGE	Entscheid des Schweizerischen Bundesverwaltungsgerichts, St. Gallen
BVR	Bernische Verwaltungsrechtsprechung, Periodikum, Bern
BZP	Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947 über den Bundeszivilprozess (SR 273), in Kraft seit 1. Juli 1948 (AS 1948 485)
CFPG 2016	Commissione ticinese per la formazione permanente di giuristi (CFPG; Hrsg.), Giurisprudenza recente del Tribunale federale, Tagungsband zur Veranstaltung vom 6. Juni 2016
CG 1921	Bundesgesetz vom 25. Juni 1921 betreffend die Stempelabgabe auf Coupons (BBl 1921 III 695), in Kraft vom 10. Oktober 1921 (AS 1921 697) bis zum 1. Januar 1967 (AS 1966 371)
CO ₂ -G 1999	Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die Reduktion der CO ₂ -Emissionen (ehemals SR 641.71; BBl 1997 III 410), in Kraft vom 1. Mai 2000 (AS 2000 979) bis zum 1. Januar 2013 (AS 2012 6989)

CO ₂ -G 2011	Bundesgesetz vom 23. Dezember 2011 über die Reduktion der CO ₂ -Emissionen (SR 641.71; BBl 2012 113), in Kraft seit 1. Januar 2013 (AS 2012 6989)
CO ₂ -V 2012	Verordnung vom 30. November 2012 über die Reduktion der CO ₂ -Emissionen (SR 641.711), gestützt auf das «CO ₂ -Gesetz», in Kraft seit 1. Januar 2013 (AS 2012 7005)
Comm. Cst	Aubert, Jean-François/Mahon Pascal, Petit Commentaire de la Constitution fédérale de la Confédération Suisse, Zürich 2003
Comm. LT	Oberson, Xavier/Hinny, Pascal (Hrsg.), LT Commentaire droit de timbre – StG, Kommentar Stempelabgaben, Zürich 2006
Comm. LTF	Corboz, Bernard/Wurzbürger, Alain/Ferrari, Pierre/Frèrard, Jean-Maurice/Aubry Girardin, Florence, Commentaire de la LTF, 2. Aufl., Bern 2014
CR	Commentaire romand
CR-LIFD	Noël, Yves/Aubry Girardin, Florence (Hrsg.), Commentaire romand, Impôt fédéral direct – Commentaire de la loi sur l'impôt fédéral direct, 2. Aufl., Basel 2017
CV 1921	Vollziehungsverordnung vom 15. November 1921 zum Bundesgesetz vom 25. Juni 1921 betreffend die Stempelabgabe auf Coupons (AS 1921 811), in Kraft vom 15. Dezember 1921 (Art. 23 Abs. 1 StV 1921) bis zum 1. Juli 1928 (AS 1928 339)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DBAG	Bundesgesetz vom 22. Juni 1951 über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (SR 672.2), in Kraft seit 1. Januar 1951 (AS 1951 889), als Gesetz ausgestaltet seit 1. Februar 2013 (AS 2013 231)
DBG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (SR 642.11; BBl 1990 III 1674), in Kraft seit 1. Januar 1995 (AS 1991 1184)
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement, Bern
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, FR-Strassburg
EMRK	(Europäische) Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101; im BBl nicht veröffentlicht, da dem Referendum nicht unterstehend), für die Schweiz in Kraft seit 28. November 1974 (AS 1974 2151)
EntschR/BGer	Reglement (des Bundesgerichts) vom 31. März 2006 über die Parteientschädigung und die Entschädigung für die amtliche Vertretung im Verfahren vor dem Bundesgericht (SR 173.110.210.3), in Kraft seit 1. Januar 2007 (AS 2006 5673; inoffizielle Abkürzung)

L

ErgStG 1937	Bundesgesetz vom 24. Juni 1937 über Ergänzung und Abänderung der eidgenössischen Stempelgesetzgebung (BBl 1937 II 294), in Kraft vom 1. Juli 1937 (Art. 14 Abs. 1 ErgStG; AS 1937 813) bis zum 1. Januar 1975 (Art. 53 Abs. 1 lit. c StG 1973)
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung, Bern
EUGH	Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg
ExpaV	Verordnung des EFD vom 3. Oktober 2000 über den Abzug besonderer Berufskosten von Expatriates bei der direkten Bundessteuer (SR 642.118.3), gestützt auf Art. 26 DBG sowie Art. 1 lit. a der Verordnung vom 18. Dezember 1991 über Kompetenzzuweisungen bei der direkten Bundessteuer an das Finanzdepartement (SR 642.118), in Kraft seit 1. Januar 2001 (AS 2000 2792)
EZV	Eidgenössische Zollverwaltung, Bern
FATCA-G	Bundesgesetz vom 27. September 2013 über die Umsetzung des FATCA-Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten (SR 672.933.6), in Kraft seit 30. Juni 2014 (AS 2014 1575)
FDK	Finanzdirektoren-Konferenz
FHA CH/EWG	Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (SR 0.632.401), für die Schweiz in Kraft getreten am 1. Januar 1973 (AS 1972 3115); der Bundesbeschluss vom 3. Oktober 1972 über die Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (BBl 1972 II 1034), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1972 (BBl 1973 I 82)
FHG 2005	Bundesgesetz vom 7. Oktober 2005 über den eidgenössischen Finanzhaushalt (SR 611.0; BBl 2005 5973), in Kraft seit 1. Mai 2006 (AS 2006 1275)
FHV 2006	Finanzhaushaltsverordnung vom 5. April 2006 (SR 611.1), in Kraft seit 1. Mai 2006 (AS 2006 1295)
FL	Fürstentum Liechtenstein
FO	Finanzordnung
FS EMRK	Jaag, Tobias/Kaufmann, Christine (Hrsg.), 40 Jahre Beitritt der Schweiz zur EMRK, Zürich 2015.
FStR	IFF-Forum für Steuerrecht, Periodikum, St. Gallen
FZA	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vom 21. Juni 1999 über die Frei-

	züglichkeit (FZA; SR 0.142.112.681), Bundesbeschluss vom 8. Oktober 1999 über die Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie gegebenenfalls ihren Mitgliedstaaten oder der Europäischen Atomgemeinschaft andererseits (BBl 1999 8633), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 (BBl 2000 3773), in Kraft getreten am 1. Juni 2002 (AS 2002 1529)
GerGebT/BGer	Tarif (des Bundesgerichts) vom 31. März 2006 für die Gerichtsgebühren im Verfahren vor dem Bundesgericht (SR 173.110.210.1), in Kraft seit 1. Januar 2007 (AS 2006 5667; inoffizielle Abkürzung)
GG/DE	(Deutsches) Grundgesetz vom 23. Mai 1949 (BGBl., S. 1), FNA 100-1
GSAV 1998	Verordnung vom 22. April 1998 über Geldspielautomaten (SR 935.522), in Kraft vom 22. April 1998 (AS 1998 1518) bis zum 1. April 2001 (formell scheinbar nicht aufgehoben)
GStV 1934	Vollziehungsverordnung vom 27. November 1934 zum Bundesratsbeschluss vom 4. August 1934 über die eidgenössische Getränkesteuer (AS 1934 1345), in Kraft vom 1. Januar 1935 und ursprünglich befristet bis zum 31. Dezember 1937 (AS 1934 1375), abgeändert und ergänzt durch Bundesratsbeschluss vom 21. September 1936 (AS 1936 725), mehrfach verlängert, ausser Kraft am 1. Juli 2007 (AS 2007 2909)
HA DVS	Hauptabteilung Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer, Stempelabgaben (der ESTV)
HA MWST	Hauptabteilung Mehrwertsteuer (der ESTV)
HELV	Verordnung vom 12. November 1997 über die Lenkungsabgabe auf «Heizöl Extraleicht» mit einem Schwefelgehalt von mehr als 0,1 Prozent (SR 814.019), gestützt auf Art. 35b und 35c USG, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AS 1997 2993); vgl. auch VOCV
hfrw.	Hauptfrageweise
HK	Handkommentar
HK-BV	Biaggini, Giovanni, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Kommentar. Mit Auszügen aus der EMRK, den UNO-Pakten sowie dem BGG. Zürich 2007
HK-DBG	Richner, Felix/Frei, Walter/Kaufmann, Stefan/Meuter, Hans Ulrich, Handkommentar zum DBG, 3. Aufl., Zürich 2016
HK-MWSTG	Schluckebier, Regine/Geiger, Felix (Hrsg.), MWSTG-Kommentar, Zürich 2012, hier: Handkommentar

IQG 2012	Bundesgesetz vom 15. Juni 2012 über die internationale Quellenbesteuerung (ehemals SR 672.4), in Kraft vom 20. Dezember 2012 (AS 2013 27) bis zum 1. Januar 2017 (AS 2016 4875)
IRSG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (SR 351.1), in Kraft seit 1. Januar 1983 (AS 1982 846)
KEV 2013	Kostendeckende Einspeisevergütung gemäss Art. 7a ^{bis} des Energiegesetzes vom 26. Juni 1998 (EnG; SR 730.0) in der Fassung vom 21. Juni 2013 (BBl 2013 1669 1925), in Kraft vom 1. Januar 2014 (AS 2013 4505) bis zum 1. Januar 2018 (AS 2017 6839)
KEV 2016	Kostendeckende Einspeisevergütung gemäss Art. 19 ff. des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG; SR 730.0), in Kraft seit 1. Januar 2018 (AS 2017 6839)
Klimaübereinkommen 2015	Klimaübereinkommen vom 12. Dezember 2015 von Paris (SR 0.814.012), für die Schweiz in Kraft seit 5. November 2017 (AS 2017 5735)
Komm. BGG	Seiler, Hansjörg/Güngerich, Andreas/von Werdt, Nicolas/Oberholzer, Niklaus, Bundesgerichtsgesetz (BGG), Kommentar, 2. Aufl., Bern 2015
Komm. DBG	Zweifel, Martin/Beusch, Michael (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, 3. Aufl., Basel 2017
Komm. Interkantales Steuerrecht	Zweifel, Martin/Beusch, Michael/Mäusli-Allenspach, Peter (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Interkantales Steuerrecht, Basel 2011
Komm. Internationales Steuerrecht	Zweifel, Martin/Beusch, Michael/Matteotti, René (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Internationales Steuerrecht, Basel 2015
Komm. MWSTG	Zweifel, Martin/Beusch, Michael/Glauser, Pierre-Marie/Robinson, Philip (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer, Basel 2015
Komm. StG/CH	Zweifel, Martin/Athanas, Peter/Bauer-Balmelli, Maja (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Band II/3, Bundesgesetz über die Stempelsteuer (StG), Basel 2006
Komm. StG/ZH	Richner, Felix/Frei, Walter/Kaufmann, Stefan/Meuter, Hans Ulrich, Kommentar zum harmonisierten Zürcher Steuergesetz, 3. Aufl., Zürich 2013
Komm. StHG	Zweifel, Martin/Beusch, Michael (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, 3. Aufl., Basel 2017

Komm. VStG	Zweifel, Martin/Beusch, Michael/Bauer-Balmelli, Maja (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Band II/2, Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStG), 2. Aufl., Basel 2012
Komm. VwVG	Auer, Christoph/Müller, Markus/Schindler, Benjamin (Hrsg.), Kommentar zum Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG), Zürich/St. Gallen 2008
Komm. ZG	Kocher, Martin/Clavadetscher, Diego (Hrsg.), Zollgesetz (ZG), Kommentar. Bern 2009
KrGewSt	Kriegsgewinnsteuer
KRK	Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (SR 0.107), für die Schweiz in Kraft seit 26. März 1997 (AS 1998 2055)
KrSt	Kriegssteuer
KrStV 1915	Vollziehungsverordnung vom 30. Dezember 1915 zum Bundesbeschluss vom 22. Dezember 1915 betreffend die eidgenössische Kriegssteuer, in Kraft ab 1. Januar 1916 (Art. 64 KrStV 1915; AS 1915 467); allem Anschein nach formell nie aufgehoben
KrStV 1920	Vollziehungsverordnung vom 6. Dezember 1920 zum Bundesbeschluss vom 28. September 1920 betreffend die neue ausserordentliche Kriegssteuer (AS 1920 817), in Kraft ab 1. Januar 1921 (Art. 51 KrStV 1920); allem Anschein nach formell nie aufgehoben
KS	Kreisschreiben
KSTV/##	Steuerverwaltung des Kantons ##
KTR/LB	Kurtaxenreglement der Einwohnergemeinde Leukerbad/VS vom 17. Dezember 2015
KV/##	Kantonsverfassung des Kantons ##; siehe dazu die Übersicht in SR 131.2
LGBI.	Liechtensteinisches Landesgesetzblatt, Vaduz (FL)
LGBV	Verordnung vom 17. Februar 2010 über die Besteuerung der Liquidationsgewinne bei definitiver Aufgabe der selbstständigen Erwerbstätigkeit (SR 642.114), gestützt auf Art. 37b und 199 DBG, in Kraft seit 1. Januar 2011 (AS 2010 717)
LKV	Verordnung vom 24. August 1992 über den Abzug der Kosten von Liegenschaften des Privatvermögens bei der direkten Bundessteuer (SR 642.116), gestützt auf Art. 32 DBG, in Kraft seit 1. Januar 1995 (AS 1992 1792), inoffizielle Abkürzung

LKV-EFD	Verordnung des Eidgenössischen Finanzdepartements vom 24. August 1992 über die Massnahmen zur rationellen Energieverwendung und zur Nutzung erneuerbarer Energien (SR 642.116.1), gestützt auf Art. 102 Abs. 1 DBG und die LKV, in Kraft seit 1. Januar 1995 (AS 1992 1795), inoffizielle Abkürzung
LR	Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften
LSTV	Liechtensteinische Steuerverwaltung, Vaduz (FL)
LSVA	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe
LVA	Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Güter- und Personenverkehr auf Schiene und Strasse (Landverkehrsabkommen; SR 0.740.72; BBl 1999 8764), in Kraft seit 1. Juni 2002 (AS 2002 1649)
m. E.	Meines Erachtens
MAC	Übereinkommen der Mitgliedsstaaten des Europarates und der Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (SR 0.652.1), für die Schweiz in Kraft getreten am 1. Januar 2017 (AS 2016 5071)
MBV	Verordnung vom 27. Juni 2012 über die Bescheinigungspflichten bei Mitarbeiterbeteiligungen (SR 642.115.325.1), gestützt auf Art. 129 Abs. 1 lit. d und Art. 199 DBG, in Kraft seit 1. Januar 2013 (AS 2012 3847),
MCAA, auch AIA-Vereinbarung	Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden vom 29. Oktober 2014 über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (SR 0.653.1), für die Schweiz in Kraft seit 1. Januar 2017 (AS 2016 4721)
MinöStG 1996	Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996 (SR 641.61; BBl 1996 III 53), in Kraft seit 1. Januar 1997 (AS 1996 3371)
MinöStV 1996	Mineralölsteuerverordnung vom 20. November 1996 (SR 641.611), gestützt auf das «Mineralölsteuergesetz», in Kraft seit 1. Januar 1997 (AS 1996 3396)
MinVG	Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und der Nationalstrassenabgabe (SR 725.116.2; BBl 1985 I 844), in Kraft seit 1. Januar 1985 (AS 1985 834)
MPEG 1875	Bundesgesetz vom 23. Dezember 1875 über die Militärpflichtersatzsteuer (BBl 1875 IV 1263; Bericht der Kommission des SR: BBl 1875 IV 77), <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 9. Juli 1876 (BBl 1876 IV 557)

MPEG 1877	Bundesgesetz vom 27. März 1877 über die Militärpflichtersatzsteuer (BBl 1877 II 655), <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 21. Oktober 1877 (BBl 1877 IV 652)
MPEG 1878	Bundesgesetz vom 28. Brachmonat [Juni] 1878 betreffend den Militärpflichtersatz (BBl 1878 III 166; Bericht der Kommission des SR: BBl 1878 II 904), in Kraft vom 15. Oktober 1878 (AS 1877–1878 565) bis zum 1. Januar 1960 (AS 1959 2035)
MPEG 1878/1901	Bundesgesetz vom 29. März 1901 betreffend die Ergänzung des Bundesgesetzes vom 28. Juni 1878 über den Militärpflichtersatz (BBl 1901 II 859), in Kraft vom 6. Juli 1901 (AS 1900–1901 695) bis zum 1. Januar 1960 (Art. 48 Abs. 2 lit. b MPEG 1877; AS 1959 2035)
MPEV 1878	Verordnung vom 16. Weinmonat [Oktober] 1878 über Vollziehung des Bundesgesetzes betreffend Militärpflichtersatz (BBl 1878 IV 1), in Kraft vom 16. Oktober 1878 (AS 1877–1878 571) bis zum 1. Januar 1935 (AS 1934 519)
MPEV 1892	Bundesratsbeschluss vom 20. Juni 1892 betreffend Abänderung der Verordnung über Vollziehung des Bundesgesetzes betreffend Militärpflichtersatz (AS 1890–1892 897)
MPEV 1921/I	Verordnung vom 27. Mai 1921 betreffend die Anrechnung von Aktivdienst bei der Bemessung des Militärpflichtersatzes, gestützt auf Art. 3 BB MPE 1921, gleichentags in Kraft getreten (AS 1921 361)
MPEV 1921/II	Verordnung vom 2. Dezember 1921 betreffend die Veranlagung und den Bezug des Militärpflichtersatzes von Auslandschweizern, gestützt auf Art. 13 und 15 MPEG 1878, in Kraft ab 1. Januar 1922 (AS 1921 837)
MPEV 1934	Verordnung vom 26. Juni 1934 über den Vollzug des Bundesgesetzes betreffend den Militärpflichtersatz, in Kraft vom 1. Januar 1935 (AS 1934 519) bis zum 1. Januar 1960 (AS 1959 2052)
MPEV 1959	Vollziehungsverordnung vom 14. Dezember 1959 zum Bundesgesetz über den Militärpflichtersatz, in Kraft vom 1. Januar 1960 (AS 1959 2052) bis zum 1. Januar 1972 (AS 1972 6)
MPEV 1971	Verordnung vom 20. Dezember 1971 über den Militärpflichtersatz, in Kraft vom 1. Januar 1972 (AS 1972 6) bis zum 1. Januar 1996 (Art. 58 WPEV 1995; AS 1995 4324)
mwst.com	Kompetenzzentrum Mehrwertsteuer der Treuhandkammer (Hrsg.), mwst.com – Kommentar zum Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer, Basel/Genf/München 2000
MWSTG 1999	Bundesgesetz vom 2. September 1999 über die Mehrwertsteuer, in Kraft vom 1. Januar 2001 (AS 2000 1300) bis zum 1. Januar 2010 (AS 2009 5203)

MWSTG 2009	Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (SR 641.20; BBl 2009 4407), in Kraft seit 1. Januar 2010 (AS 2009 5203)
MWSTG/FL 2000	Gesetz (des Fürstentums Liechtenstein) vom 16. Juni 2000 über die Mehrwertsteuer (LGBL. 2000 Nr. 163), in Kraft vom 1. Januar 2001 bis zum 1. Januar 2010
MWSTG/FL 2009	Gesetz (des Fürstentums Liechtenstein) vom 22. Oktober 2009 über die Mehrwertsteuer (LR 641.20), in Kraft seit 1. Januar 2010
MWSTGV	Verordnung vom 29. März 2000 zum Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer, in Kraft vom 1. Januar 2001 (AS 2000 1347) bis zum 1. Januar 2010 (AS 2009 6743)
MWSTGV/FL 2009	Verordnung (des Fürstentums Liechtenstein) vom 15. Dezember 2009 zum Gesetz über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuerverordnung; LR 641.201), in Kraft seit 1. Januar 2010
MWSTV 1994	Verordnung vom 22. Juni 1994 über die Mehrwertsteuer, gestützt auf Art. 41 ^{ter} Abs. 1 lit. a BV 1874 und insbesondere Art. 8 ÜbBest. BV 1874, je in der Fassung vom 18. Juni 1993 (BB FO 1995–2006), in Kraft vom 1. Januar 1995 (AS 1994 1464) bis zum 1. Januar 2001 («anderweitig erledigt») durch Inkraftsetzung des MWSTG 1999; AS 2000 1300)
MWSTV 2009	Mehrwertsteuerverordnung vom 27. November 2009 (SR 641.201), in Kraft seit 1. Januar 2010 (AS 2009 6743), gestützt «auf das Mehrwertsteuergesetz»
MWST-Vereinbarung CH-FL	Vereinbarung vom 12. Juli 2012 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zum Vertrag betreffend die Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein (SR 0.641.295.142.1 bzw. LR 0.641.201), in Kraft seit 12. Juli 2012 (AS 2012 4147)
MWST-Vertrag CH-FL	Vertrag vom 28. Oktober 1994 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Mehrwertsteuer im Fürstentum Liechtenstein (SR 0.641.295.142 bzw. in Liechtenstein LR 0.641.20), in Kraft seit 1. Januar 1995 (AS 1995 785)
N.	Note
NAF	Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr
NAFG	Bundesgesetz vom 30. September 2016 über den Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (SR 725.13), in Kraft seit 1. Januar 2018 (AS 2017 6825, insb. Art. 13 Abs. 3 in Verbindung mit AS 2017 6731 [BB NAF])
NSAG 2010	Bundesgesetz vom 19. März 2010 über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (SR 741.71; BBl 2010 2083), in Kraft seit 1. Dezember 2011 (AS 2011 4105)

NSAV 1984	Verordnung vom 12. September 1984 über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (AS 1984 1035), diese gestützt auf Art. 18 ÜbBest. BV in der Fassung gemäss Bundesbeschluss vom 24. Juni 1983 (AS 1984 488), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 26. Februar 1984 (BBl 1984 I 1353), in Kraft vom 1. Januar 1985 bis zum 1. Januar 1995 (AS 1994 2518)
NSAV 1994	Verordnung vom 26. Oktober 1994 über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen, diese gestützt auf Art. 36 ^{quinquies} BV 1874 in der Fassung gemäss Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 (AS 1994 1097), von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 20. Februar 1994 (BBl 1994 II 696), in Kraft vom 1. Januar 1995 (AS 1994 2518) bis zum 1. Dezember 2011 (Art. 12 NSAV 2011)
NSAV 2011	Verordnung vom 24. August 2011 über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (SR 741.711), gestützt auf Art. 16 Abs. 2 und Art. 18 Abs. 1 NSAG, in Kraft seit 1. Dezember 2011 (AS 2011 4111)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris
OECD-DBA-MA	Musterabkommen der OECD zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der Fassung vom 15. Juli 2014 (der Entwurf eines Updates vom 10. Juli 2017 zurzeit pendent)
OECD-DBA-MK	Kommentar der OECD zum OECD-MA
OG 1849	Bundesgesetz vom 5. Juni 1849 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1849 II 261), in Kraft vom 22. Brachmonat (Juni) 1846 (AS 1848–1850 65) bis zum 8. Weinmonat 1874 (AS 1875 136)
OG 1874	Bundesgesetz vom 27. Juni 1874 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1874 II 425), in Kraft vom 8. Weinmonat (Oktober) 1874 (AS 1875 136) bis zum 1. Oktober 1893 (AS 1892–1893 455)
OG 1893	Bundesgesetz vom 22. März 1893 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1893 I 1107), in Kraft vom 1. Oktober 1893 (AS 1892–1893 455) bis zum 1. Januar 1945 (AS 1944 271)
OG 1893/1911	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1911 betreffend Änderung der Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1911 IV 287), in Kraft ab 1. Februar 1912 (AS 1912 45)
OG 1893/1921	Bundesgesetz vom 25. Juni 1921 betreffend die Abänderung des Bundesgesetzes vom 22. März 1893/6. Oktober 1911 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1921 III 687), in Kraft ab 1. November 1921 (AS 1921 716)

LVIII

OG 1893/1928	Abänderung des Bundesgesetzes vom 22. März 1893/25. Juni 1921 über die Organisation der Bundesrechtspflege durch das Bundesgesetz vom 11. Juni 1928 über die eidgenössische Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege (BBl 1928 II 165), in Kraft ab 1. März 1929 (AS 1928 779)
OG 1943	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1944 I 1), in Kraft vom 1. Januar 1945 (Art. 170 OG 1943; AS 1944 271) bis zum 1. Januar 2007 (AS 2006 1069)
OG 1943/1968	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über die Änderung des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1968 II 1200), in Kraft ab 1. Oktober 1969 (AS 1969 737)
OG 1943/1978	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege – Änderung vom 6. Oktober 1978 (BBl 1978 II 860), in Kraft ab 1. Februar 1979 (AS 1979 42)
OG 1943/1991	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege – Änderung vom 4. Oktober 1991 (BBl 1991 III 1413), in Kraft ab 15. Februar 1992 (AS 1992 288)
OG 1943/2000	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege (Teilrevision des Bundesrechtspflegegesetzes zur Entlastung des Bundesgerichts) – Änderung vom 23. Juni 2000 (BBl 2000 3542), in Kraft ab 1. Februar 2001 (AS 2001 114)
OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (fünfter Teil: Obligationenrecht; BBl 1911 II 355), in Kraft seit 1. Januar 1912 (AS 1911 317), seither verschiedentlich ergänzt und überarbeitet
OV-EFD	Organisationsverordnung vom 17. Februar 2010 für das Eidgenössische Finanzdepartement (SR 172.215.1), gestützt auf Art. 43 Abs. 2 und Art. 47 Abs. 2 RVOG sowie in Ausführung von Art. 28 RVOV, in Kraft seit 1. März 2010 (AS 2010 635)
ParlG	Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Bundesversammlung (SR 171.10), in Kraft seit 1. Dezember 2003 (AS 2003 3543)
PK	Praxiskommentar
PK-BGG	Spühler, Karl/Aemisegger, Heinz/Dolge, Annette/Vock, Dominik, Bundesgericht (BGG) – Praxiskommentar, 2. Aufl., Zürich 2013
PK-VwVG	Waldmann, Bernhard/Weissenberger, Philippe, Praxiskommentar Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl., Zürich 2016
Proklamation BV 1872	Proklamation vom 8. April 1872 der schweizerischen Bundesversammlung zur Abstimmung über die revidierte Bundesverfassung am 12. Mai 1872 an das Volk und die Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft (BBl 1872 I 825)

Proklamation BV 1874	Proklamation des Bundesrates vom 23. März 1874 zu der am 19. April 1874 stattfindenden Abstimmung über die neue Bundesverfassung (BBl 1874 I 497)
QSt	Quellensteuer
QStA CH-UK	Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland vom 6. Oktober 2011 über die Zusammenarbeit im Steuerbereich (SR 0.672.936.74), in Kraft vom 1. Januar 2013 (AS 2013 135) bis zum 1. Januar 2017 (AS 2016 5103)
RAK	Rechtsanwendungskontrolle
RHG	Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (SR 431.02), in Kraft seit 1. November 2006 (AS 2006 4165)
RKG 1999	Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die Risikokapitalgesellschaften (SR 642.15), in Kraft vom 1. Mai 2000 (AS 2000 1019) bis zum 30. April 2010 (Art. 9 Abs. 3 RKG 1999)
RM	Rechtsmittel
RPG	Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (SR 700), in Kraft seit 1. Januar 1980 (AS 1979 1573)
RSK	Rechtsetzungskontrolle
RTVG 2006	Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (SR 784.40; BBl 2006 3587) in der ursprünglichen Fassung, in Kraft seit 1. April 2007 (AS 2007 781)
RTVG 2014	Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (SR 784.40; BBl 2006 3587) in der Fassung vom 26. September 2014 (BBl 2014 7345), angenommen in der Volksabstimmung vom 14. Juni 2015 (BBl 2015 6313), in Kraft seit 1. Juli 2016, vorbehältlich insbesondere von Art. 18 Abs. 2 lit. l und 25 Abs. 2 lit. b MWSTG, welche «zu einem späteren Zeitpunkt» in Kraft treten (AS 2016 2131)
RTVG-Steuer 2014	Abgabe gemäss Art. 68 Abs. 1 RTVG 2014
RTVV 2007	Radio- und Fernsehverordnung vom 9. März 2007, gestützt auf das «RTVG» (ohne nähere Bezeichnung der massgebenden Artikel), in Kraft seit 1. April 2007 (AS 2007 787)
RTVV 2016	Radio- und Fernsehverordnung vom 9. März 2007 in der Fassung vom 25. Mai 2016, in Kraft seit 1. Juli 2016 (AS 2016 2151); der abgaberechtliche Systemwechsel wird am 1. Januar 2019 wirksam werden (Art. 109b Abs. 1 RTVG 2014 in Verbindung mit Art. 86 Abs. 1 RTVV 2016 [AS 2017 5519])

RVO	Rechtsverordnung
RVOG	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21. März 1997 (SR 172.010; BBl 1997 II 570), in Kraft seit 1. Oktober 1997 (AS 1997 2022)
RVOV	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung vom 25. November 1998 (SR 172.010.1), in Kraft seit 1. Januar 1999 (AS 1999 1258)
SBG 1929	Bundesgesetz vom 5. Oktober 1929 über die Spielbanken (BBl 1929 III 112), in Kraft vom 1. Februar 1930 (AS 1930 8) bis zum 1. April 2000 (AS 2000 677)
SBG 1998	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1898 über Glücksspiele und Spielbanken (SR 935.52; BBl 1998 5726), in Kraft seit 1. April 2000 (AS 2000 677)
SBG 1998	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1898 über Glücksspiele und Spielbanken (SR 935.52; BBl 1998 5726), in Kraft seit 1. April 2000 (AS 2000 677)
SGK-BV	Ehrenzeller, Bernhard/Schindler, Benjamin/Schweizer, Rainer J./-Vallender, Klaus A. (Hrsg.), Die Schweizerische Bundesverfassung – Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014
SIA	Steuerinformationsabkommen
SIF	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
SJES	Swiss Journal of Economics and Statistics (ehemalige Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, einst Zeitschrift für schweizerische Statistik), Periodikum, Bern 1851 ff.
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SSK	Verein Schweizerische Steuerkonferenz, Bern
ST	Der Schweizer Treuhänder, Periodikum, Zürich
StAhiG	Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (SR 651.1), in Kraft seit 1. Februar 2013 (AS 2013 231)
StAhiV	Verordnung vom 23. November 2016 über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (SR 651.11), in Kraft seit 1. Januar 2017 (AS 2016 4877)
StERPv	Verordnung vom 3. Juni 2016 über die Gewährung von Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik (SR 901.022), gestützt auf Art. 12 Abs. 3 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über die Regionalpolitik (SR 901.0), in Kraft seit 1. Juli 2016 (AS 2016 2173), inoffizielle Abkürzung
StG/AG	Steuergesetz (des Kantons Aargau) vom 15. Dezember 1998 (SAR 651.100)

StG/AI	Steuergesetz (des Kantons Appenzell-Innerrhoden) vom 25. April 1999 (BS 640.000)
StG/AR	Steuergesetz (des Kantons Appenzell-Ausserrhoden) vom 21. Mai 2000 (bGS 621.11)
StG/BE	Steuergesetz (des Kantons Bern) vom 21. Mai 2000 (BSG 661.11)
StG/BL	Gesetz (des Kantons Basel-Landschaft) vom 7. Februar 1974 über die Staats- und Gemeindesteuern (SGS 331)
StG/BS	Gesetz (des Kantons Basel-Stadt) vom 12. April 2000 über die direkten Steuern (SG 640.100)
StG/CH 1917	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1917 über die Stempelabgaben (BB1 1917 IV 225), in Kraft vom 1. April 1918 (AS 1918 59) bis zum 1. Januar 1975 (Art. 53 Abs. 1 lit. c StG 1973)
StG/CH 1921	Bundesgesetz vom 15. Februar 1921 betreffend Erlass und Stundung von Stempelabgaben (BB1 1921 I 243), in Kraft vom 1. Juni 1921 (AS 1921 355) bis zum 1. Juli 1974 (AS 1974 11)
StG/CH 1973	Bundesgesetz vom 27. Juni 1973 über die Stempelabgaben (SR 641.10; BB1 1972 II 1278), in Kraft seit 1. Juli 1974 (AS 1974 11)
StG/FR	Gesetz (des Kantons Freiburg) vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (SGF 631.1)
StG/GE jP	Loi (de la République et canton de Genève) du 23 septembre 1994 sur l'imposition des personnes morales (RSG D 3 15)
StG/GE nP	Loi (de la République et canton de Genève) du 27 septembre 2009 sur l'imposition des personnes physiques (RSG D 3 08)
StG/GL	Steuergesetz (des Kantons Glarus) vom 7. Mai 2000 (GS VI C/1/1)
StG/GR	Steuergesetz vom 8. Juni 1986 für den Kanton Graubünden (BR 720.000)
StG/JU	Loi d'impôt (de la République et Canton du Jura) du 26 mai 1988 (RS 641.11)
StG/LU	Steuergesetz (des Kantons Luzern) vom 22. November 1999 (SRL 620)
StG/NE	Loi (de la République et Canton de Neuchâtel) du 21 mars 2000 sur les contributions directes (RSN 631.0)
StG/NW	Gesetz (des Kantons Nidwalden) vom 22. März 2000 über die Steuern des Kantons und der Gemeinden (NG 521.1)
StG/OW	Steuergesetz (des Kantons Obwalden) vom 30. Oktober 1994 (GDB 641.1)

LXII

StG/SG	Steuergesetz (des Kantons St. Gallen) vom 9. April 1998 (sGS 811.1)
StG/SH	Gesetz (des Kantons Schaffhausen) vom 20. März 2000 über die direkten Steuern (SHR 641.100)
StG/SO	Gesetz (des Kantons Solothurn) vom 1. Dezember 1985 über die Staats- und Gemeindesteuern (BGS 614.11)
StG/SZ	Steuergesetz (des Kantons Schwyz) vom 9. Februar 2000 (SRSZ 172.200)
StG/TG	Gesetz (des Kantons Thurgau) vom 14. September 1992 über die Staats- und Gemeindesteuern (RB 640.1)
StG/TI	Legge tributaria (della Repubblica e Cantone Ticino) del 21 giugn° 1994 (RL 10.2.1.1)
StG/UR	Gesetz vom 26. September 2010 über die direkten Steuern im Kanton Uri (RB 3.2211)
StG/VD	Loi (du canton de Vaud) du 4 juillet 2000 sur les impôts directs cantonaux (RS 642.11)
StG/VS	Steuergesetz (des Kantons Wallis) vom 10. März 1976 (SGS 642.1)
StG/ZG	Steuergesetz (des Kantons Zug) vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1)
StG/ZH	Steuergesetz (des Kantons Zürich) vom 8. Juni 1997 (LS 631.1)
StHG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (SR 642.14; BBl 1990 III 1745), gestaffelt in Kraft getreten seit dem 1. Januar 1993 (AS 1991 1256)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0), in Kraft seit 1. Januar 2011 (AS 2010 1881)
StR	Steuer-Revue, Periodikum, Muri b. Bern
StV/CH 1918	Vollziehungsverordnung vom 20. Februar 1918 zum Bundesgesetz vom 4. Oktober 1917 über die Stempelabgaben, teils sofort, mehrheitlich am 1. April 1918 in Kraft gesetzt (Art. 131 StV 1918; AS 1918 247), geändert durch den Bundesratsbeschluss vom 23. Dezember 1919, dieser sofort in Kraft getreten (AS 1919 1018), ausser Kraft am 1. Juli 1928 (AS 1928 339)
StV/CH 1928	Vollziehungsverordnungen vom 7. Juni 1928 zu den Bundesgesetzen über die Stempelabgaben, in Kraft vom 1. Juli 1928 (AS 1928 339) bis zum 1. Juli 1974 bzw. 1. Januar 1975 (Art. 31 StV 1973; AS 1974 33)
StV/CH 1973	Verordnung vom 3. Dezember 1973 über die Stempelabgaben (SR 641.101), gestützt auf Art. 22 lit. a und Art. 54 StG/CH 1973, in Kraft seit 1. Juli 1974 bzw. teilweise 1. Januar 1975 (AS 1974 33)

SV 17	Steuervorlage 17
SVAG 1997	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1997 über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SR 641.81; BBl 1997 IV 1614), angenommen in der Volksabstimmung vom 27. September 1998 (BBl 1998 5529), in Kraft seit 1. Februar 2000 (AS 2000 98)
SVAV 1984	Verordnung vom 12. September 1984 über die Schwerverkehrsabgabe (ehemals SR 741.71), diese gestützt auf Art. 17 ÜBBest. BV 1874 in der Fassung gemäss Bundesbeschluss vom 24. Juni 1983 über die Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe (BBl 1983 II 706), dieser von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 26. Februar 1984 (BBl 1984 I 1353), in Kraft vom 1. Januar 1985 (AS 1984 1026) bis zum 1. Januar 1995 (AS 1994 2509)
SVAV 1994	Verordnung vom 26. Oktober 1994 über die Schwerverkehrsabgabe (ehemals SR 741.71), diese gestützt auf Art. 21 ÜBBest. BV 1874 in der Fassung gemäss Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe (AS 1994 1099; BBl 1993 II 890), dieser von Volk und Ständen angenommen in der Volksabstimmung vom 20. Februar 1994 (BBl 1994 II 696), in Kraft vom 1. Januar 1995 (AS 1994 2509) bis zum 1. Februar 2000 (AS 2000 98)
SVAV 2000	Verordnung vom 6. März 2000 über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SR 641.811), gestützt auf das «Schwerverkehrsabgabengesetz und das Verkehrsverlagerungsgesetz», in Kraft seit 1. Januar 2001 (AS 2000 1170)
TG/OW 2012	Tourismusgesetz (des Kantons Obwalden) vom 3. Mai 2012 (GDB 971.3), in Kraft seit 1. Juli 2012
TH	Der Schweizer Treuhänder, Periodikum, Zürich (nunmehr «Expert Focus»)
TSG	Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (SR 916.40; BBl 1966 I 1189), in Kraft seit 1. Januar 1967 (AS 1966 1565); vgl. insbesondere Art. 56a («Schlachtabgabe») in der Fassung vom 5. Oktober 2007, in Kraft seit 1. Januar 2014 (AS 2008 2269, 2013 943; BBl 2006 6337)
TStG 1967	Bundesgesetz vom 5. Oktober 1967 über die Tabakbesteuerung (BBl 1967 II 539), <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 19. Mai 1968 (BBl 1968 II 114; I 263)
TStG 1969	Bundesgesetz vom 21. März 1969 über die Tabakbesteuerung (SR 641.31; BBl 1969 I 589), in Kraft seit 1. Januar 1970 (AS 1969 645)

TStV 1933	Vollziehungsverordnung zum Bundesratsbeschluss vom 27. Oktober 1933 über die Besteuerung des Tabaks, in Kraft vom 1. November 1933 (AS 1933 883) bis zum 1. Januar 1938 (AS 1937 1070)
TStV 1937	Vollziehungsverordnung zum Bundesratsbeschluss vom 24. Dezember 1937 über die Besteuerung des Tabaks, in Kraft vom 1. Januar 1938 (AS 1937 1070) bis zum 1. Januar 1948 (AS 1947 1418)
TStV 1947	Verordnung vom 30. Dezember 1947 betreffend die fiskalische Belastung des Tabaks, in Kraft vom 1. Januar 1948 (AS 1947 1418) bis zum 1. Januar 1970 (AS 1969 1274)
TStV 1969	Verordnung vom 15. Dezember 1969 über die Tabakbesteuerung, in Kraft vom 1. Januar 1970 (AS 1969 1274) bis zum 1. Januar 2010 (AS 2009 5577)
TStV 2009	Verordnung vom 14. Oktober 2009 über die Tabakbesteuerung (SR 641.311, gestützt auf das «Tabaksteuergesetz», in Kraft seit 1. Januar 2010 (AS 2009 5577))
TSV	Tierseuchenverordnung vom 27. Juni 1995 (SR 916.401), in Kraft seit 1. September 1995 (AS 1995 3716), gestützt auf die Art. 10, 16, 20, 32 Abs. 1 ^{bis} , 53 Abs. 1 und 56a Abs. 2 des TSG; vgl. insbesondere Art. 38a («Schlachtabgabe») in der Fassung vom 15. März 2013, in Kraft seit 1. Januar 2014 (AS 2013 945)
ÜbBest. BV 1874	Übergangsbestimmungen zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874
UNO-Pakt I	Internationaler Pakt [der UNO] vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (SR 0.103.1; BBl 1991 I 1189), für die Schweiz in Kraft seit 18. September 1992 (AS 1993 725)
UNO-Pakt II	Internationaler Pakt [der UNO] vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (SR 0.103.2; BBl 1991 I 1189), für die Schweiz in Kraft seit 18. September 1992 (AS 1993 750)
UR	Umsatzsteuerrundschau, Periodikum, Köln
USG	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (SR 814.01; BBl 1983 III 1040), in Kraft seit 1. Januar 1985 (AS 1984 1122)
UStR	Unternehmenssteuerreform
UStR I	Unternehmenssteuerreform I gemäss Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997 über die Reform der Unternehmensbesteuerung 1997, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AS 1998 669)

UStR II	Unternehmenssteuerreform II gemäss Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II), angenommen in der Volksabstimmung vom 24. Februar 2008 (BBl 2008 2781), in Kraft seit 1. Januar 2011 (AS 2008 2893)
UStR III	Unternehmenssteuerreform III gemäss Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz, <i>abgelehnt</i> in der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 (BBl 2017 3387)
VASA	Verordnung vom 26. September 2008 über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (SR 814.681), gestützt auf Art. 32 USG und Art. 57 Abs. 2 RVOG, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AS 2008 4771)
VB	Verfassungsbeschwerde
VDG 1928	Bundesgesetz vom 11. Juni 1928 über die eidgenössische Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege (BBl 1928 II 165), in Kraft vom 1. März 1929 (AS 1928 779) bis zum 1. Januar 1945 (AS 1944 271)
Vertrag LSVA CH-FL	Vertrag vom 11. April 2000 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe im Fürstentum Liechtenstein (im BBl nicht veröffentlicht, da dem Referendum nicht unterstellt), in Kraft seit 1. Januar 2001 (AS 2001 826)
vfrw.	vorfrageweise
VOCV	Verordnung vom 12. November 1997 über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (SR 814.018), gestützt auf Art. 35a und 35c USG, in Kraft seit 1. Januar 1998 (AS 1997 2972); vgl. auch HELV
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden, online einsehbar (www.vpb.admin.ch)
VRK	Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (SR 0.111), für die Schweiz in Kraft getreten am 6. Juni 1990 (AS 1990 1112)
VStG 1965	Bundesgesetz vom 13. Oktober 1965 über die Verrechnungssteuer (SR 642.21; BBl 1965 II 1429), in Kraft seit 1. Januar 1967 (AS 1966 371)
VStV 1965	Verordnung über die Verrechnungssteuer (SR 642.211), gestützt auf Art. 73 Abs. 1 VStG 1965, in Kraft seit 1. Januar 1967 (AS 1966 1585)

VwGebR/BGer	Reglement (des Bundesgerichts) vom 31. März 2006 über die Verwaltungsgebühren des Bundesgerichts (SR 173.110.210.2), in Kraft seit 1. Januar 2007 (AS 2006 5669; inoffizielle Abkürzung)
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021; BBl 1968 II 1222), in Kraft seit 1. Oktober 1969 (AS 1969 737)
WPEG 1959	Bundesgesetz vom 12. Juni 1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (SR 661; BBl 1959 I 1540), in Kraft seit 1. Januar 1960 (AS 1959 2035); bis zum 1. Oktober 1996 (AS 1996 1445) bezeichnet als «Bundesgesetz vom 12. Juni 1959 über die Militärflichtersatzabgabe»
WPEV 1995	Verordnung vom 30. August 1995 über die Wehrpflichtersatzabgabe (SR 661.1), gestützt auf die Art. 23 Abs. 2, 24 Abs. 3, 35 Abs. 2 und 47 Abs. 1 und 3 WPEG 1959, in Kraft seit 1. Januar 1996 (AS 1995 4324)
WRG 1916	Bundesgesetz vom 22. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (SR 721.80), in Kraft seit 1. Januar 1918 (AS 1917 189)
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht, Periodikum, Zürich
ZBstA	Abkommen vom 26. Oktober 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind (SR 0.641.926.81), jetzt AIA-Abkommen CH-EU
ZBstG 2004	Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (ehemals SR 641.91), in Kraft vom 1. Juli 2005 (AS 2005 2558) bis zum 1. Januar 2017 (AS 2016 4875)
ZDG 1995	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über den zivilen Ersatzdienst (SR 824.0; BBl 1995 IV 485), in Kraft seit 1. Oktober 1996 (AS 1996 1445)
ZG 2005	Zollgesetz vom 18. März 2005 (SR 631.0; BBl 2005 2285), in Kraft seit 1. Mai 2007 (AS 2007 1411)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210; BBl 1907 VI 589), in Kraft seit 1. Januar 1912 (AS 1908 233)
ZPO/CH	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (SR 272), in Kraft seit 1. Januar 2011 (AS 2010 1739)
ZTG 1986	Zolltarifgesetz vom 9. Oktober 1986 (SR 632.10; BBl 1986 III 383), in Kraft seit 1. Januar 1988 (AS 1987 1871)

ZV 2006 Zollverordnung vom 1. November 2006 (SR 631.01), gestützt auf «das Zollgesetz und Art. 37 Abs. 3 des Bundespersonalgesetzes», in Kraft seit 1. Mai 2007 (AS 2007 1469)

Materialien

Bericht Alkohol-Artikel 1885	Bericht und Protokoll der ständerätlichen Kommission betreffend Revision der Bundesverfassung (Wirtschaftswesen [Art. 31] und Alkoholfrage [Art. 32 ^{bis} , Art. 6 ÜB-Best. BV]), Sitzungen vom 28. April bis 1. Mai 1885 (BBl 1885 III 346)
Bericht BB Vollmachten 1914/1919	Bericht des Bundesrates vom 18. Dezember 1918 an die Bundesversammlung betreffend die Motion <i>de Meuron</i> und das Postulat <i>Peter</i> (Beschränkung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates; BBl 1918 V 709)
Bericht KMob-Kosten 1917–1918	Bericht des Bundesrates vom 13. Juli 1920 an die Bundesversammlung betreffend die Abrechnung über die Kosten der Kriegsmobilmachung in den Jahren 1917 und 1918 (BBl 1920 III 845)
Bericht KMob-Kosten 1919–1921	Bericht des Bundesrates vom 27. Januar 1922 an die Bundesversammlung betreffend die Abrechnung über die Kosten der Kriegsmobilmachung der Jahre 1919 bis 1921 (BBl 1922 I 145)
Bericht MWSTG 1999	Parlamentarische Initiative Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (Dettling), Bericht vom 28. August 1996 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (BBl 1996 V 713)
Bericht MWSTV 1994	Kommentar des Eidgenössischen Finanzdepartements vom 22. Juni 1994 zur Verordnung vom 22. Juni 1994 über die Mehrwertsteuer (BBl 1994 III 530)
Botschaft AHV (Finanzierungsteil)	Botschaft vom 29. Mai 1946 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung mit öffentlichen Mitteln (BBl 1946 II 589)
Botschaft AlkG 1886	Botschaft vom 8. Oktober 1886 betreffend die Ausführung der Art. 31, 32, 32 ^{bis} und Übergangsbestimmung 6 BV (Erlass eines Bundesgesetzes über die Herstellung und Besteuerung von Branntwein; BBl 1886 III 421)
Botschaft AlkG 1900	Botschaft vom 6. Juni 1898 betreffend die teilweise Revision des eidgenössischen Alkoholgesetzes (BBl 1899 III 619)
Botschaft AlkG 1932	Botschaft vom 1. Juni 1931 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz; BBl 1931 I 697)

Botschaft Alkohol-Artikel 1885	Botschaft vom 20. November 1884 betreffend die auf die Alkoholfrage bezüglichen Postulate und Petitionen (BB 1884 IV 364)
Botschaft Alkohol-Artikel 1930	Botschaft vom 29. Januar 1926 betreffend die Revision der Art. 31 und 32 ^{bis} der Bundesverfassung (Alkoholwesen; BBl 1926 I 278)
Botschaft AStG	Botschaft vom 25. Oktober 1995 betreffend das Automobilsteuergesetz (BBl 1995 IV 1689)
Botschaft BB Alkohol-Artikel 1884	Botschaft vom 20. November 1884 betreffend die auf die Alkoholfrage bezüglichen Postulate und Petitionen (BBl 1884 IV 364)
Botschaft BB Art. 36 ^{quater} BV 1874	Botschaft vom 16. Januar 1980 über eine Autobahnviadukte und eine Schwerverkehrsabgabe (BBl 1980 I 1113)
Botschaft BB ASt 1940	Botschaft vom 20. Dezember 1939 an die Bundesversammlung betreffend den Erlass eines Ausführungsbeschlusses über die Ausgleichsteuer (BBl 1939 II 910)
Botschaft BB Aussenwirtschaft 1933	Botschaft vom 25. September 1933 betreffend wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland (BBl 1933 II 365)
Botschaft BB Aussenwirtschaft 1935	Botschaft vom 26. November 1935 über die Erneuerung des Bundesbeschlusses vom 14. Oktober 1933 über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland (BBl 1935 II 908)
Botschaft BB Aussenwirtschaft 1937	Botschaft vom 24. August 1937 über die Verlängerung der Geltungsdauer der Bundesbeschlüsse vom 14. Oktober 1933/11. Dezember 1935 und 29. September 1936 über wirtschaftliche Massnahmen (BBl 1937 II 653)
Botschaft BB Fiskalnotrecht 1933	Botschaft vom 2. September 1933 betreffend die ausserordentlichen und vorübergehenden Massnahmen zur Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts (BBl 1933 II 197)
Botschaft BB FO 1939–1941	Botschaft vom 19. August 1938 über den Ersatz des Fiskalnotrechts (BBl 1938 II 309)
Botschaft BB FO 1946–1949	Botschaft vom 7. September 1945 über die weitere Verlängerung der Finanzordnung 1939–1941 (BBl 1945 II 23)
Botschaft BB FO 1950	Botschaft vom 22. Januar 1948 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1948 I 309)
Botschaft BB FO 1950–1951	Botschaft vom 22. Juli 1949 betreffend die Übergangsordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (Finanzordnung 1950 und 1951; BBl 1949 II 77)

Botschaft BB FO 1951–1954	Botschaft vom 19. Juli 1950 über die Finanzordnung 1951 bis 1954 (BBl 1950 II 425)
Botschaft BB FO 1953	Botschaft vom 20. Januar 1953 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1953 I 93)
Botschaft BB FO 1955–1958	Botschaft vom 12. Februar 1954 über die Finanzordnung 1955 bis 1958 (BBl 1954 I 350)
Botschaft BB FO 1959–1964	Botschaft vom 1. Februar 1957 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1957 I 505)
Botschaft BB FO 1965–1974	Botschaft vom 18. Mai 1962 über die Weiterführung der Finanzordnung des Bundes (Verlängerung der Geltungsdauer von Art. 41 ^{ter} BV bis 1974; BBl 1962 I 997)
Botschaft BB FO 1970	Botschaft vom 10. September 1969 über die Änderung der Finanzordnung des Bundes (BBl 1969 II 749)
Botschaft BB FO 1971–1982	Botschaft vom 14. Dezember 1970 über die Weiterführung der Finanzordnung des Bundes (BBl 1970 II 1581)
Botschaft BB FO 1976	Botschaft vom 24. März 1976 über die verfassungsmässige Neuordnung des Finanz- und Steuerrechts des Bundes (BBl 1976 I 1384)
Botschaft BB FO 1977	Botschaft vom 24. August 1977 über erste Überbrückungsmassnahmen zur Vermeidung untragbarer Defizite im Bundeshaushalt (Finanzmassnahmen 1977; BBl 1977 II 1453)
Botschaft BB FO 1981–1994	Botschaft vom 8. Dezember 1980 über die Weiterführung der Finanzordnung und die Verbesserung des Bundeshaushaltes (BBl 1981 I 20)
Botschaft BB FO 1991	Botschaft vom 5. Juni 1989 zur Neuordnung der Bundesfinanzen und zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (BBl 1989 III 1)
Botschaft BB FO 1995–2006	Botschaft vom 18. Dezember 1991 zum Ersatz der Finanzordnung und zu den besonderen Verbrauchssteuern (BBl 1992 I 785)
Botschaft BB FO 2007–2020	Botschaft vom 9. Dezember 2002 über die neue Finanzordnung (BBl 2003 1531)
Botschaft BB FO 2021–2035	Botschaft vom 22. Juni 2016 zur neuen Finanzordnung 2012 (BBl 2016 6221)
Botschaft BB KrisA 1934	Botschaft vom 2. September 1933 betreffend die ausserordentlichen und vorübergehenden Massnahmen zur Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts (BBl 1933 II 197, insb. 249 ff.)

Botschaft BB KrSt 1919	Botschaft vom 2. August 1919 betreffend die neue ausserordentliche Kriegssteuer (BBl 1919 IV 321)
Botschaft BB KrSt-Artikel 1915	Botschaft vom 12. Februar 1915 betreffend Aufnahme eines Art. 42 ^{bis} in die Bundesverfassung (BBl 1915 I 149)
Botschaft BB KrSt-Artikel 1918	Botschaft vom 5. August 1918 betreffend die wiederholte eidgenössische Kriegssteuer (BBl 1918 IV 255)
Botschaft BB Massnahmen 1921	Botschaft vom 24. Mai 1921 betreffend die Aufhebung der ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates (BBl 1921 III 221)
Botschaft BB Massnahmen 1939	Botschaft vom 29. August 1939 über Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität (BBl 1939 II 213)
Botschaft BB Massnahmen 1945	Botschaft vom 1. Juni 1945 über den Abbau der ausserordentlichen Vollmachten (BBl 1945 I 691) (Aufhebung von Art. 3 und 4)
Botschaft BB NAF	Botschaft vom 18. Februar 2015 zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds, zur Schliessung der Finanzierungslücke und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen (BBl 2015 2065)
Botschaft BB Notmassnahmen 1936	Botschaft vom 12. November 1935 über die wirtschaftlichen Notmassnahmen (BBl 1935 II 533)
Botschaft BB Teil-FO 1978	Botschaft vom 15. März 1978 zur Bundesfinanzreform 1978 (BBl 1978 I 849)
Botschaft BB Vermehrung Einnahmen 1914	Botschaft vom 30. November 1914 betreffend Massnahmen zur sofortigen Vermehrung der Einnahmen des Bundes (BBl 1914 IV 605)
Botschaft BB Vollmachten 1914	Botschaft vom [Sonntag] 2. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität (BBl 1914 IV 5)
Botschaft BB zum BRB Alkohol-Monopol 1930	Botschaft vom 27. Mai 1930 betreffend die Durchführung einer Erhebung über den Bestand der Brennapparate und die Genehmigung des Bundesratsbeschlusses vom 7. April 1930 über den Monopolverkauf gebrannter Wasser zum Trinkverbrauch und die Erhebung der Monopolgebühren (BBl 1930 I 638)
Botschaft BGG	Botschaft vom 28. Februar 2001 zur Totalrevision der Bundesrechtspflege (BBl 2001 4202)
Botschaft BStG	Botschaft vom 7. September 2005 zum Bundesgesetz über die Biersteuer (BBl

Botschaft BV 1874	Botschaft vom 4. Juli 1873 betreffend die Revision der Bundesverfassung (BBJ 1873 II 963)
Botschaft BV 1874/1911	Botschaft vom 20. Dezember 1911 betreffend die Revision der Bundesverfassung zur Errichtung eines eidgenössischen Verwaltungsgerichtes (BBJ 1911 V 322)
Botschaft BV 1999	Botschaft vom 20. November 1996 über eine neue Bundesverfassung (BBJ 1997 I 1)
Botschaft CG 1921	Botschaft vom 26. Dezember 1919 betreffend den Erlass eines Bundesgesetzes zur Einführung von Stempelabgaben auf Coupons und Zinsgutschriften (BBJ 1919 V 1144)
Botschaft CO ₂ -G 1999	Botschaft vom 17. März 1997 zum Bundesgesetz über die Reduktion der CO ₂ -Emissionen (BBJ 1997 III 410)
Botschaft CO ₂ -G 2011	Botschaft vom 26. August 2009 über die Schweizer Klimapolitik nach 2012 (BBJ 2009 7433)
Botschaft CO ₂ -G nach 2020	Botschaft vom 1. Dezember 2017 zur Totalrevision des CO ₂ -Gesetzes nach 2020 (BBJ 2018 247)
Botschaft DBG/StHG	Botschaft vom 25. Mai 1983 zu Bundesgesetzen über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden sowie über die direkte Bundessteuer (Botschaft über die Steuerharmonisierung; BBJ 1983 III 1)
Botschaft Einführung Stempelabgaben 1916	Botschaft vom 11. Dezember 1916 betreffend die Einführung eines Art. 41 ^{bis} und eines Art. 42 lit. g in die Bundesverfassung (Erhebung von Stempelabgaben; BBJ 1916 IV 540)
Botschaft ErgStG 1937	Botschaft vom 26. Februar 1937 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Ergänzung des eidgenössischen Stempelabgaberechts (BBJ 1937 I 509)
Botschaft FHG 2005	Botschaft vom 24. November 2004 zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt (BBJ 2005 5)
Botschaft Fiskalnotrecht 1933	Botschaft vom 2. September 1933 betreffend die ausserordentlichen und vorübergehenden Massnahmen zur Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts (Finanzprogramm 1933; BBJ 1933 II 197)
Botschaft Fiskalnotrecht 1936	Botschaft vom 22. November 1935 über neue ausserordentliche Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Bundeshaushalt in den Jahren 1936 und 1937 (Finanzprogramms 1936; BBJ 1935 II 757)
Botschaft Fiskalnotrecht 1938	Botschaft vom 30. Juni 1937 über die Verlängerung und Anpassung des Fiskalnotrechtes für das Jahr 1938 (Finanzprogramm 1938; BBJ 1937 II 325)

Botschaft Fiskalnotrecht 1940	Botschaft vom 19. Januar 1940 über Massnahmen zur Ordnung des Finanzhaushaltes des Bundes (BBl 1940 I 37), umfassend namentlich das Wehropfer, die Wehrsteuer und die Warenumsatzsteuer
Botschaft Generalabschluss 1930	Botschaft vom 27. Mai 1930 betreffend die Abänderung des Bundesbeschlusses vom 14. Juni 1923 über den Generalabschluss für die Ausgaben der Kriegsmobilmachung in den Jahren 1914–1921 (BBl 1930 I 541)
Botschaft GStB 1934	Botschaft vom 4. August 1934 über die eidgenössische Getränkesteuer (BBl 1934 II 862)
Botschaft GStB 1937	Botschaft vom 27. September 1937 betreffend den Bezug der eidgenössischen Getränkesteuer (BBl 1937 III 149)
Botschaft Klimaübereinkommen 2015	Botschaft vom 21. Dezember 2016 zur Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris (BBl 2017 317)
Botschaft KrSt 1915	Botschaft vom 17. August 1915 betreffend die eidgenössische Kriegssteuer (BBl 1915 III 111)
Botschaft MPEG 1875	Botschaft vom 17. Mai 1875 über ein Militärsteuergesetz (BBl 1875 III 135)
Botschaft MPEG 1877	Botschaft vom 30. Oktober 1876 über ein Gesetz betreffend den Militärpflichtersatz (BBl 1876 IV 119)
Botschaft MPEG 1878	Botschaft vom 23. April 1878 über einen dritten Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend den Militärpflichtersatz (BBl 1878 II 538)
Botschaft MPEG 1878/1901	Botschaft vom 1. Juni 1898 betreffend die Ergänzung des Bundesgesetzes vom 28. Juni 1878 über den Militärpflichtersatz (BBl 1898 III 572)
Botschaft MPEG 1921	Botschaft vom 18. Dezember 1920 betreffend den Erlass eines Bundesbeschlusses über die Anrechnung von geleistetem Militärdienst bei der Bemessung des Militärpflichtersatzes (BBl 1920 V 590)
Botschaft MPEG 1959	Botschaft vom 11. Juli 1958 über die Neuordnung des Militärpflichtersatzes (BBl 1958 II 333)
Botschaft MWSTG 2009	Botschaft vom 25. Juni 2008 zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer (BBl 2008 6885)
Botschaft MWSTG 2015	Botschaft vom 25. Februar 2015 zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes (BBl 2015 2615)
Botschaft NSAG	Botschaft vom 30. Januar 2008 zum Nationalstrassenabgabegesetz (BBl 2008 1337)
Botschaft OG 1874	Botschaft vom 23. Mai 1874 betreffend die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1874 I 1059)

Botschaft OG 1893	Botschaft vom 5. April 1892 betreffend den Entwurf zu einem neuen Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1892 II 273)
Botschaft OG 1893/1911	Botschaft vom 11. Mai 1911 zum Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend Änderung des Bundesgesetzes vom 22. März 1893 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1911 III 55)
Botschaft OG 1893/1921	Botschaft vom 12. Februar 1921 zum Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Abänderung des Bundesgesetzes vom 22. März 1893/6. Oktober 1911 über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1921 I 193)
Botschaft OG 1943	Botschaft vom 9. Februar 1943 zum Entwurf eines neuen Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege (BBl 1943 I 97)
Botschaft QSt	Botschaft vom 28. November 2014 über die Revision der Quellenbesteuerung des Erwerbseinkommens (BBl 2015 657)
Botschaft Schuldenbremse	Botschaft vom 5. Juli 2000 zur Schuldenbremse (BBl 2000 4653)
Botschaft SpStG	Botschaft vom 25. Januar 2012 zur Totalrevision des Alkoholgesetzes (Spirituosensteuergesetz und Alkoholhandelsgesetz; BBl 2012 1315)
Botschaft StAhiG	Botschaft vom 6. Juli 2011 zum Erlass eines Steueramts-hilfgesetzes (BBl 2011 6193)
Botschaft StG 1917	Botschaft vom 16. Mai 1917 betreffend den Erlass eines Ausführungsgesetzes zu Art. 41 ^{bis} der Bundesverfassung (Bundesgesetz über die Stempelabgaben; BBl 1917 III 83)
Botschaft StG 1917/CG 1921	Botschaft vom 28. Mai 1926 über den Erlass eines Bundesgesetzes betreffend die Abänderung der Bundesgesetze vom 4. Oktober 1917 über die Stempelabgaben und vom 25. Juni 1921 betreffend die Stempelabgabe auf Coupons (BBl 1926 I 727)
Botschaft StG 1972	Botschaft vom 25. Oktober 1972 zu einem neuen Bundesgesetz über die Stempelabgaben (BBl 1972 II 1278)
Botschaft SV 17	Botschaft vom 21. März 1918 zum Bundesgesetz über die Steuervorlage 17 (SV 17; BBl 2018 2527)
Botschaft SVAG	Botschaft vom 11. September 1996 zu einem Bundesgesetz über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (BBl 1996 V 521)
Botschaft TStG 1929	Botschaft vom 4. Mai 1929 betreffend die Besteuerung des Tabaks (BBl 1929 I 533)

Botschaft TStG 1932	Botschaft vom 16. Dezember 1932 über die Besteuerung des Tabaks (BBl 1932 II 1021)
Botschaft TStG 1967	Botschaft vom 10. Januar 1967 betreffend den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung (BBl 1967 I 117)
Botschaft TStG 1968	Botschaft vom 28. August 1968 betreffend den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung (BBl 1968 II 345)
Botschaft UStR I	Botschaft vom 26. März 1997 zur Reform der Unternehmensbesteuerung 1997 (BBl 1997 II 1164)
Botschaft UStR II	Botschaft vom 22. Juni 2005 zum Bundesgesetz über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II; BBl 2005 4733)
Botschaft UStR III	Botschaft vom 5. Juni 2015 zum Unternehmenssteuerreformgesetz III (BBl 2015 5069)
Botschaft VDG	Botschaft vom 27. März 1925 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die eidgenössische Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege (BBl 1925 II 181)
Botschaft VStG 1965	Botschaft vom 18. Oktober 1963 betreffend den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (BBl 1963 II 953)
Botschaft WPEG 2017	Botschaft vom 6. September 2017 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (BBl 2017 6191)
Botschaft ZDG/WPEG 2008	Botschaft vom 27. Februar 2008 zur Änderung der Bundesgesetze über den zivilen Ersatzdienst und über die Wehrpflichtersatzabgabe (BBl 2008 2707)
Botschaft ZG 2005	Botschaft vom 15. Dezember 2003 über ein neues Zollgesetz (BBl 2004 567)
Vernehmlassungsvorlage BGG 2015	Bericht vom 4. November 2015 zum Vernehmlassungsentwurf betreffend Änderung des Bundesgerichtsgesetzes
Vernehmlassungsvorlage UStR III	Vorentwurf vom 22. September 2014 zu einem Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)

Literaturverzeichnis

Die nachfolgend aufgeführten Publikationen werden mit dem Namen des Verfassers oder der Verfasserin zitiert und gegebenenfalls mit dem in Klammern gesetzten Stichwort.

- AEMISEGGER, HEINZ Der Beschwerdegang in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, in: Bernhard Ehrenzeller/Rainer J. Schweizer (Hrsg.), Reorganisation der Bundesrechtspflege, St. Gallen 2006, S. 103–210 (zit.: *Beschwerdegang*).
- DERS. Der Mehrwertausgleich gemäss Art. 5 Abs. 1–1^{sexies} RPG – Rechtliche Grundlagen, Umsetzung in den Kantonen, Verhältnis Kanton zu Gemeinden, in: AJP 25/2016, S. 632–638 (zit.: *Mehrwertausgleich*).
- ARPAGAUS, REMO Zollrecht, unter Einschluss der völkerrechtlichen Grundlagen im Rahmen der WTO, der WCO, der UNECE, der EFTA und der Abkommen mit der EU, 2., aktualisierte und stark erweiterte Auflage, SBVR XII, Basel 2007
- ATTINGER, PATRIZIA Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zu kantonalen Volksinitiativen, Diss. ZH 2016.
- AUBERT, JEAN-FRANÇOIS/
MAHON, PASCAL Petit Commentaire de la Constitution fédérale de la Confédération Suisse, Zürich 2003 (zit.: *Comm. Cst.*).
- AUBERT/EICHENBERGER/
MÜLLER/RHINOW/
SCHINDLER (HRSG.) Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874 (zit.: *Komm. BV 1874*).
- AUER, ANDREAS Staatsrecht der schweizerischen Kantone, Bern 2016 (zit.: *Staatsrecht*).
- AUER, ANDREAS/
MALINVERNI, GIORGIO/
HOTTELIER MICHEL Droit constitutionnel suisse, Band I: L'Etat, 3. Aufl., Bern 2013 (zit.: *I*).
- DIES. Droit constitutionnel suisse, Band II: Les droits fondamentaux, 3. Aufl., Bern 2013 (zit.: *II*).
- AUER, CHRISTOPH Kommentar zum Urteil 2C_124/2013*, in: ZBl 115/2014, S. 671–673 (zit.: *Komm. Zentralkostenbeitrag*).
- DERS. Kommentar zum Urteil 2C_794/2015*, in: ZBl 118/2017, S. 159–160 (zit.: *Komm. Tourismusabgabe*).

- AUER, CHRISTOPH/MÜLLER, MARKUS/SCHINDLER, BENJAMIN (HRSG.) Kommentar zum Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG), Zürich/St. Gallen 2008 (zit.: *Komm. VwVG*).
- BANFI, SILVIA/FILIPPINI, MASSIMO/LUCHSINGER, CORNELIA/MÜLLER, ADRIAN Bedeutung der Wasserzinse in der Schweiz, St. Gallen 2004.
- BAUMBERGER, XAVER Aufschiebende Wirkung bundesrechtlicher Rechtsmittel im öffentlichen Recht, Diss. ZH 2006.
- BAUMGARTNER, IVO P./CLAVADETSCHER, DIEGO/KOCHER, MARTIN Vom alten zum neuen Mehrwertsteuergesetz – Einführung in die neue Mehrwertsteuerordnung, Langenthal 2010.
- BEHNISCH, URS R. Der Richter im Steuerrecht – Gedankensplitter eines Steuerrechtsdozenten und spezialisierten Rechtsanwalts, in: Thomas Stadelmann (Hrsg.), Spezialisierung in der Judikative, Bern 2013, 57, und in: Richterzeitung 2013
- DERS. Der Richter im Steuerrecht – Gedankensplitter eines Steuerrechtsdozenten und spezialisierten Rechtsanwalts, in: Richterzeitung 2013.
- DERS. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte erklärt die Mitwirkungspflicht im Steuerhinterziehungsverfahren als EMRK-widrig, in: ASA 69 (2000/2001), S. 855–859.
- DERS. Kommentierung von Art. 86, 129, 131 und 132 BV, in: SGK-BV.
- DERS. Kommentierung von Art. 127, 130 und 134 BV, in: BSK-BV.
- BEHNISCH, URS R./OPEL, ANDREA Bemerkungen zu degressiven Steuertarifen – Besprechung von BGE 2P.43/2006 vom 1. Juni 2007 in Sachen Kanton Obwalden, BGE 133 I 206, in: ASA 76 (2007/2008), S. 363–382 (zit.: *degressive Steuertarife*).
- DIES. Die steuerrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts im Jahr 2008, in: ZBJV 145/2009, S. 503 – 581 (zit.: *Rechtsprechungsübersicht 2008*).
- BENZ, ROLF Verankerung reiner Lenkungssteuern in der Bundesverfassung, in: ZBl 105/2004, S. 246–252.
- BEUSCH, MICHAEL Benutzungsgebühren – unter besonderer Berücksichtigung von Lenkungsgebühren, in: Häner/Waldmann, S. 41–54 (zit.: *Benutzungsgebühren*).
- DERS. Der Einfluss «fremder» Richter – Schweizer Verwaltungspflege im internationalen Kontext, in: SJZ 109/2013, S. 349–358 (zit.: *«fremde Richter»*).

- DERS. Der Untergang der Steuerforderung, Habil. ZH 2012 (zit.: *Untergang*).
- DERS. Die Bedeutung ausländischer Gerichtsentscheide für die Auslegung von DBA durch die schweizerische Justiz, in: FS für Markus Reich, Zürich 2014, S. 395–408 (zit.: *Auslegung von DBA*).
- DERS. Lenkungsabgaben im Strassenverkehr, Diss. ZH 1998 (zit.: *Lenkungsabgaben*).
- DERS. Steuerharmonisierung 2.0 – Verfassungsrechtliche Gedanken zur Unternehmenssteuerreform III, in: ZBl 116/2015, S. 453–454 (zit.: *Steuerharmonisierung 2.0*).
- DERS. Was Kreisschreiben dürfen und was nicht, in: ST 79/2005, S. 613–616 (zit.: *Kreisschreiben*).
- BEZGOVSEK, ROK Art. 6 Ziff. 1 EMRK und das steuerrechtliche Verfahren, Diss. ZH 2002.
- BIAGGINI, GIOVANNI Schweizerische Bundesverfassung, Kommentar, 2. Aufl. Zürich 2017.
- DERS. «Präventive Rechtskontrolle» – Hintergrund, Inhalt, Folgerungen, in: LeGes 21/2010, S. 309–323 (zit.: *Präventive Kontrolle*).
- BIRCHMEIER, WILHELM Handbuch des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943, Zürich 1950.
- BLUMENSTEIN, ERNST/LOCHER, PETER System des Schweizerischen Steuerrechts, 7. Aufl., Zürich 2016.
- BÖCKLI, PETER Indirekte Steuern und Lenkungssteuern, Habil. BS 1975.
- BOLKENSTEYN, ARUN Le contrôle des normes, spécialement par les cours constitutionnelles cantonales, Diss. LS 2014.
- BONDOLFI, SIBILLA Wehrpflicht und Geschlechterdiskriminierung – Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Anforderungen an die Wehrpflicht im Vergleich zum Modell Israel, Diss. ZH 2012.
- BREINING-KAUFMANN, CHRISTINE Internationales Verwaltungsrecht, in: ZSR 125/2006 II 5–73.
- BURCKHARDT, WALTHER Kommentar der schweizerischen Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, 3. Aufl., Bern 1931 (zit.: *Komm. BV 1874, 3. Aufl.*).
- BUSER, DENISE Kantonaes Staatsrecht – Eine Einführung für Studium und Praxis, 2. Aufl., Basel 2011.

- CAMENZIND, ALOIS/HONAUER, NIKLAUS/JUNG, MARCEL
RENÉ/PROBST SIMEON L. Handbuch zum (neuen) Mehrwertsteuergesetz (MWSTG) – Eine Wegleitung für Unternehmer, Steuerberater und Studierende, 3. Aufl., Bern 2012 (zit.: *Camenzind et al.*).
- CARONI, ANDREA Reaktionen des Gesetzgebers auf Impulse der Rechtsprechung, in: *Leges* 2016/3, S. 413–420.
- CASANOVA, HUGO Änderungen rechtskräftiger Verfügungen und Entscheide, in: *ASA* 61 (1992/1993), S. 447–456.
- DERS. Die Nachsteuer, in: *ASA* 68 (1999/2000), S. 1–20.
- DERS. Rekursverfahren, in: *ASA* 61 (1992/1993), S. 441–445.
- CAVELTI, ULRICH Der Vorrang des Steuerharmonisierungsgesetzes gegenüber dem Konkordat über den Ausschluss von Steuerabkommen, in: *FStR* 2002, S. 59–62.
- CHIARIELLO, ELISABETH Der Richter als Verfassungsgeber? Zur Fortbildung von Grundlagen des Rechtsstaats und der Demokratie durch höchste Gerichte, Habil. BE 2009.
- CONNE, ANDREAS Abstrakte Rechtsetzungskontrolle im Kanton Zürich – Überblick und Vergleich mit der Einzelaktkontrolle, in: *ZBl* 115/2014, S. 403–413.
- CORBOZ, BERNARD/WURZBURGER, ALAIN/FERRARI, PIERRE/FRÉSARD, JEAN-MAURICE/AUBRY GIRARDIN, FLORENCE *Commentaire de la LTF*, 2. Aufl., Bern 2014 (zit.: Autor, in: *Comm. LTF*).
- DE ROSSA GISIMUNDO, FEDERICA L'influsso della giurisprudenza della Corte di giustizia dell'Unione Europea sulla giurisprudenza del Tribunale federale, in: *CFPG* 2016, S. 167–187.
- DE VRIES REILINGH, DANIEL La double imposition intercantonale, 2. Aufl., Bern 2013 (zit.: *intercantonale*).
- DERS. *Manuel de droit fiscal international*, Bern 2012 (zit.: *international*).
- DONZALLAZ, YVES La maltraitance des droits fondamentaux par la LTF – Épuisement obligatoire des griefs et obligation accrue de motiver (art. 106 al. 2 LTF), in: *CFPQ* 2016, S. 119–139.
- DERS. *Loi sur le Tribunal fédéral*, *Commentaire*, Bern 2008.
- DUMERMUTH, MARTIN Die Zuständigkeit des Bundes im Bereich der elektronischen Medien nach Art. 93 BV, in: *ZBl* 117/2016, S. 335–368.
- EHRENZELLER, BERNHARD/SCHINDLER, BENJAMIN/SCHWEIZER, RAINER J./VALLENDER, KLAUS A. (HRSG.) Die Schweizerische Bundesverfassung – Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014 (zit.: Autor, in: *SGK-BV*).

LXXX

-
- ERRASS, CHRISTOPH Kooperative Rechtssetzung, Habil. SG 2009 (zit.: *Rechtssetzung*).
- DERS. Zur Geschichte des Bundesgerichts, in: Marcel Alexander Niggli/Peter Uebersax/Hans Wiprächtiger (Hrsg.), Bundesgerichtsgesetz, 2. Aufl., Basel 2011, S. 1–77.
- FLEINER, FRITZ Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, 8. Aufl., Tübingen 1928.
- FOLLIET, PIERRE Les tarifs d'impôts – Essai de mathématiques fiscales, Genf 1947.
- FORSTMOSER, PETER/VOGT, HANS-UELI Einführung in das Recht, 5. Aufl., Bern 2012.
- FROWEIN, JOCHEN/PEUKERT, WOLFGANG Europäische Menschenrechtskonvention, Kommentar, 3. Aufl., Berlin 2009.
- GÄCHTER, THOMAS Rechtsmissbrauch im öffentlichen Recht – Unter besonderer Berücksichtigung des Bundessozialversicherungsrechts. Ein Beitrag zu Treu und Glauben, Methodik und Gesetzeskorrektur im öffentlichen Recht, Habil. ZH 2005.
- GADOLA, ATTILIO R. Die Behördenbeschwerde in der Verwaltungsrechtspflege des Bundes – ein «abstraktes» Beschwerderecht, in: AJP 2/1993, S. 1458–1464.
- GEISER, THOMAS Grundsatzentscheide und offen gelassene Fragen im Zivilrecht (ZGB), in: CFPG 2016, S. 17–39.
- GEISER, THOMAS/MÜNCH, PETER/GELZER, PHILIPP/-UHLMANN, FELIX Prozessieren vor Bundesgericht, Handbücher für die Anwaltspraxis, Band 1, 3. Aufl., Zürich 2011.
- GIACOMETTI, ZACCARIA/FLEINER, FRITZ Schweizerisches Bundesstaatsrecht, unveränderter Nachdruck, Zürich 1976.
- GLAUSER, PIERRE-MARIE La fusion d'assainissement – Aspects juridiques et fiscaux, in: ST 78/2004, S. 1000–1012.
- GRISEL, ETIENNE Egalité – Les garanties de la Constitution fédérale du 18 avril 1999, 2. Aufl. Bern 2009 (zit.: *Egalité*).
- GROSSMANN, EUGEN Les finances publiques de la Suisse de 1914 à 1920, Paris 1921 (zit.: *Finances*).
- GYGI, FRITZ Bundesverwaltungsrechtspflege, 2. Aufl., Bern 1983 (zit.: *BVRP*).
- DERS. Verwaltungsrecht – Eine Einführung, Bern 1986 (zit.: *VwR*).
- HÄFELIN, ULRICH/HALLER, WALTER/KELLER, HELEN/THURNHERR, DANIELA Schweizerisches Bundesstaatsrecht. 9. Aufl., Zürich 2016.

- HÄFELIN, ULRICH/MÜLLER, GEORG/UHLMANN, FELIX Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Zürich/St. Gallen 2016.
- HÄNER, ISABELLE Kausalabgaben – Eine Einführung, in: Isabelle Häner/Bernhard Waldmann (Hrsg.), Kausalabgaben, Zürich 2015, S. 1–25.
- HANGARTNER, YVO Rechtsfragen der Aufhebung kantonaler Erlasse durch das Bundesgericht, in: ZSR 128/2009 I 431–451.
- HAUSHEER, HEINZ/WALTER, HANS PETER (HRSG.) Schweizerische Zivilprozessordnung, Berner Kommentar, Bern 2012 (zit.: Autor, in: *BEK-ZPO/CH*).
- HETTICH, PETER/WALTHER, SIMONE Rechtsfragen um die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Elektrizität aus erneuerbaren Energien, in: ZBl 112/2011, S. 143–171.
- HETTICH, PETER/WETTSTEIN, YANNICK Rechtsfragen um Kostenanlastungssteuern, in: ASA 78 (2009/2010), S. 537–568.
- HINNY, PASCAL Das Diskriminierungsverbot des Personenverkehrsabkommens im Schweizer Steuerrecht, in: FStR 2004, S. 165–188.
- DERS. Lizenzbox des Kantons Nidwalden – Rechtliche Prüfung unter Gesichtspunkten des Verfassungs- und Harmonisierungsrechts, in: FStR 2011, S. 138–162.
- HÖHN, ERNST/MÄUSLI, PETER Interkantonales Steuerrecht, 4. Aufl., Bern 2000.
- HÖHN, ERNST/WALDBURGER, ROBERT Steuerrecht. Band I: Grundlagen – Grundbegriffe – Steuerarten, 10. Aufl., Bern 2012.
- DIES. Steuerrecht. Band II: Steuern bei Vermögen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen, Vorsorge, Versicherung – Interkantonales und Internationales Steuerrecht – Steuerverfahrens- und Steuerstrafrecht, 9. Aufl., Bern 2002.
- HUNGERBÜHLER, ADRIAN Grundsätze des Kausalabgabenrechts – Eine Übersicht über die neuere Rechtsprechung und Doktrin, in: ZBl 104/2003, S. 505–532.
- IMBODEN, MAX Die staatsrechtliche Bedeutung des Grundsatzes «Bundesrecht bricht kantonales Recht», in: ZSR 61/1942, S. 203–227.
- JAAG, TOBIAS Zwangsmassnahmen in der Verbandsaufsicht, in: ZBl 111/2010, S. 73–95 (zit.: *Zwangsmassnahmen*).
- JAAG, TOBIAS/KAUFMANN, CHRISTINE (HRSG.) 40 Jahre Beitritt der Schweiz zur EMRK – Referate zur Jubiläumstagung vom 27. November 2014 (zit.: *FS EMRK*).
- KÄLIN, WALTER Das Verfahren der staatsrechtlichen Beschwerde, 2. Aufl., Bern 1994 (zit.: *staatsrechtliche Beschwerde*).

- KÄNZIG, ERNST Wehrsteuer (Direkte Bundessteuer), Kommentar, I. Teil, Art. 1–44 WStB, 2. Aufl., Basel 1982; II. Teil, Art. 48–64 BdBSt, 2. Aufl., Basel 1992 (zit.: *I bzw. II*).
- KÄNZIG, ERNST/BEHNISCH, URS R. Wehrsteuer (Direkte Bundessteuer), Kommentar, III. Teil, Art. 65–158 BdBSt, 2. Aufl., Basel 1992.
- KARLEN, PETER Zum Erfinden neuer öffentlicher Abgaben, in: ZBl 115/2014, S. 1–2.
- KAUFMANN, MATHIAS Die unmittelbare Anwendbarkeit von Verfassungsnormen – dargestellt anhand der jüngeren bundesgerichtlichen Praxis, in: Jusletter vom 16. Oktober 2017
- KELLER, HELEN/HAUSER, MATTHIAS Verfassungskonforme Ertragsverwendung einer Klimaleistungsabgabe – Funktion und Tragweite des Verfassungsvorbehalts im Abgaberecht, in: AJP 18/2009, S.803–829.
- KIEBER, STEFAN Doppelte Sanktionierung eines Steuervergehens – *A. und B gegen Norwegen*, in: NLMR 2016, S. 556–562.
- KIENER, REGINA Der Einfluss der EMRK auf die BV 1999, in: FS EMRK, S. 53–89.
- KIENER, REGINA/KÄLIN, WALTER Grundrechte. 2. Aufl., Bern 2013.
- KIENER, REGINA/RÜTSCH, BERNHARD/KUHN, MATHIAS Öffentliches Verfahrensecht, 2. Aufl. Zürich 2015.
- KLÄSER, JULIAN Die Einwirkungen des Rechts der Europäischen Union auf die schweizerische Steuerrechtsordnung, in: Jusletter vom 2. Mai 2016.
- KLETT, KATHRIN Gleichheitssatz im Steuerrecht, in: ZSR 111/1992 II 1–143.
- KLEY, ANDREAS Geschichte des öffentlichen Rechts der Schweiz, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2015 (zit.: *Geschichte*).
- DERS. Verfassungsgeschichte der Neuzeit – Grossbritannien, die USA, Frankreich, Deutschland und die Schweiz, 3. Aufl., Bern 2013 (zit.: *Verfassungsgeschichte*).
- KNEUBÜHLER, LORENZ Beschwerdebefugnis vor Bundesgericht: Konkurrenten, Gemeinde, Pläne und Realakten, in: ZBl 117/2016, S. 22–42.
- KOCHER, MARTIN Besprechung von Isabelle Häner/Bernhard Waldmann, Kausalabgaben, und René Wiederkehr, Kausalabgaben, in: ZBl 116/2015, S. 676–678 (zit.: *Bespr. Kausalabgaben*).
- DERS. Das bundesgerichtliche Verfahren in der internationalen Amtshilfe in Steuersachen – eine Übersicht, in: Stephan Breitenmoser/Bernhard Ehrenzeller (Hrsg.), Aktuelle Fragen der internationalen Amts- und Rechtshilfe, St. Gallen 2017, S. 101–115 (zit.: *Verfahren Amtshilfe*).

- DERS. Das Verhältnis zwischen dem Richtlinienrecht der EU und dem schweizerischen Mehrwertsteuerrecht am Beispiel von Leistungen eines deutschen humanmedizinischen Labors in der Schweiz – Zum Urteil 2C_1076/2015 des Schweizerischen Bundesgerichts vom 9.12.2016, in: *Umsatzsteuer-Rundschau* (Köln) 66/2017, S. 492–497 (zit.: *Richtlinienrecht*).
- DERS. Die «Corporate Governance»-Vorlage und der steuerrechtliche Sanierungsbegriff – Das Aktien- und Rechnungslegungsrecht gemäss bundesrätlicher Botschaft vom 21. Dezember 2007 im Licht der steuerlichen Sanierung, in: *ASA* 77 (2008/2009), S. 281–315 (zit.: *Corporate Governance*).
- DERS. Die Kriegssteuern von 1915: eine Annäherung in zehn Schritten – Entstehung, Wesen und Wirkungen des Bundesbeschlusses vom 22. Dezember 1915, in: *ASA* 84 (2015/2016), S. 421–467 (zit.: *KrSt*).
- DERS. Grundlagen einer steuerlichen Inkassoamtshilfe zugunsten ausländischer Staaten (Art. 27 OECD-MA) – Überlegungen aus Anlass aktueller Umwälzungen auf Ebene der OECD und des Europarats, in: *ZBJV* 151/2015, S. 187–241 (zit.: *Inkassoamtshilfe*).
- DERS. Güterrechtliche Sicherstellung im Massnahmeverfahren (Art. 145 ZGB und Art. 322 ZPO BE) – Voraussetzungen, Anordnung und Durchführung der vorsorglichen Sicherstellung von Vermögensbestandteilen im ehescheidungsrechtlichen Präliminarverfahren gemäss Art. 145 Abs. 2 ZGB, unter besonderer Berücksichtigung des (revidierten) bernischen Zivilprozessrechts, Diss. BE 1996, ASR Bd. 577 (zit.: *Sicherstellung*).
- DERS. Klare Tat, unklare Täterschaft: Unternehmensstrafrecht nach revidiertem Mehrwertsteuergesetz – Zu den Bestimmungen von Art. 100 MWSTG, Art. 7 VStrR sowie Art. 52 und Art. 102 StGB, unter Einbezug der neuen schweizerischen Stopp, in: *ASA* 79 (2010/2011), S. 97–124 (zit.: *Unternehmensstrafrecht*).
- DERS. Kommentierung von Art. 3 Abs. 3 und Art. 60 IRSG, in: Marcel Alexander Niggli/Stefan Heimgartner (Hrsg.): *Basler Kommentar, Internationales Strafrecht* (IRSG und GwÜ), 1. Aufl., Basel 2015 (*BSK-IRSG/GwÜ*).
- DERS. Kommentierung von Art. 20, 114, 115 und 116 ZG, in: Martin Kocher/Diego Clavadetscher (Hrsg.), *Zollgesetz* (ZG), Kommentar. Bern 2009 (*Komm. ZG*).

- DERS. Kommentierung von Art. 27 OECD-MA, in: Martin Zweifel/Michael Beusch/René Matteotti (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Internationales Steuerrecht, Basel 2015 (*Komm. Internationales Steuerrecht*).
- DERS. Kommentierung von Art. 36 Abs. 1 lit. a Ziff. 2, in: Kompetenzzentrum Mehrwertsteuer der Treuhandkammer (Hrsg.), mwst.com – Kommentar zum Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer, Basel/Genf/München 2000 (*mwst.com*).
- DERS. Kommentierung von Art. 65 bzw. 81–85 MWSTG, in: Martin Zweifel/Michael Beusch/Pierre-Marie Glauser/Philip Robinson (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer, Basel 2015 (*Komm. MWSTG*).
- DERS. Kommentierung von Art. 73 StHG, in: Martin Zweifel/Michael Beusch (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, 3. Aufl., Basel 2016 (*Komm. StHG*).
- DERS. Kommentierung von Art. 84a und Art. 103 Abs. 2 lit. d BGG, in: Marcel Alexander Niggli/Peter Uebersax/Hans Wiprächtiger/Lorenz Kneubühler (Hrsg.), Kommentar zum Bundesgerichtsgesetz, 3. Aufl., Basel 2018 (*BSK-BGG, 3. Aufl.*).
- DERS. Kommentierung von Art. 146 DBG, in: Martin Zweifel/Michael Beusch (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, 3. Aufl., Basel 2016 (*Komm. DBG*).
- DERS. Neue Standpunkte, Tatsachen und Anträge im steuerlichen Rechtsmittelverfahren – Das Novenrecht beschränkt die Handlungsmöglichkeiten auch in Steuersachen, in: ST 83/2009, S. 160–167 (zit.: *Noven*).
- DERS. Ohne Beschwerde keine vorsorglichen Massnahmen – Aktuelles aus dem Bundesgericht zu Urteil 2C_1080/2017 vom 28. Dezember 2017, in: ZBJV 154/2018, S. 160–162.
- DERS. Tafelkommentar zum MWSTG. Bern 2005 (zit.: *Tafelkommentar*).
- KOCHER, MARTIN/CLAVADETSCHER, DIEGO (HRSG.) Zollgesetz (ZG), Kommentar. Bern 2009 (*Komm. ZG*).
- KOCHER, MARTIN/JOLIDON, EMMANUELLE/SAVOLDELLI, MARCO Aktuelles aus dem Bundesgericht – Actualités du Tribunal fédéral, monatliche Rechtsprechungsübersicht in Archiv für Schweizerisches Abgaberecht (ASA).

- KÖLZ, ALFRED Neuere Schweizerische Verfassungsgeschichte. Band I: Ihre Grundlinien vom Ende der Alten Eidgenossenschaft bis 1848, Bern 1992; Band II: Ihre Grundlinien in Bund und Kantonen seit 1848, Bern 2004.
- KÖLZ, ALFRED/HÄNER,
ISABELLE/BERTSCHI, MARTIN Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, 3. Aufl., Zürich 2013.
- LANG, MICHAEL Die Vorgaben des Unionsrechts für das Steuerrecht, in: ASA 84 (2015/2016), S. 119–145.
- LIENHARD, ANDREAS/
MÄCHLER, AUGUST/
ZIELNIEWICZ, AGATA Öffentliches Finanzrecht. Bern 2017.
- LOCHER, KURT/LOCHER,
PETER Praxis des Bundesrechts, III. Teil, Doppelbesteuerung, Loseblattsammlung, Therwil/Basel.
- LOCHER, PETER Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit – mit Blick auf die direkten Steuern?, in: FS für Markus Reich, Zürich 2014, S. 51–62 (zit.: *Verfassungsgerichtsbarkeit*).
- DERS. Das Bundesgericht als höchste Steuerjustizinstanz, in: FS für Martin Zweifel, Basel 2013, S. 161–172 (zit.: *Steuerjustizinstanz*).
- DERS. Die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten wegen Verletzung des Doppelbesteuerungsverbots von Art. 127 Abs. 3 BV, in: ASA 77 (2008/2009), S. 497–518 (zit.: *Doppelbesteuerungsbeschwerde*).
- DERS. Einführung in das interkantonale Steuerrecht – Unter Berücksichtigung des Steuerharmonisierungs- und des bernischen sowie des tessinischen Steuergesetzes, 4. Aufl., Bern 2015 (zit.: *interkantonales Steuerrecht*).
- DERS. Einführung in das internationale Steuerrecht der Schweiz, 3. Aufl., Bern 2005.
- DERS. Grenzen der Rechtsfindung im Steuerrecht, Habil. BE 1983 (zit.: *Rechtsfindung*).
- DERS. Kommentar zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG), I. Teil, Art. 1–48 DBG, Therwil/Basel 2001; II. Teil, Art. 49–101 DBG, Therwil/Basel 2004; III. Teil, Art. 102–222 DBG, Basel 2015 (zit.: *I, II bzw. III*).
- DERS. Steuerfragen bei Liegenschaften im Alleineigentum eines Partners bei ehelichen und nicht ehelichen Gemeinschaften, in: CFPG 2016, S. 155–166.
- DERS. Steuerharmonisierung – Quo vadis?, in: ASA 79 (2010/2011), S. 429–443 (zit.: *Quo vadis?*).